

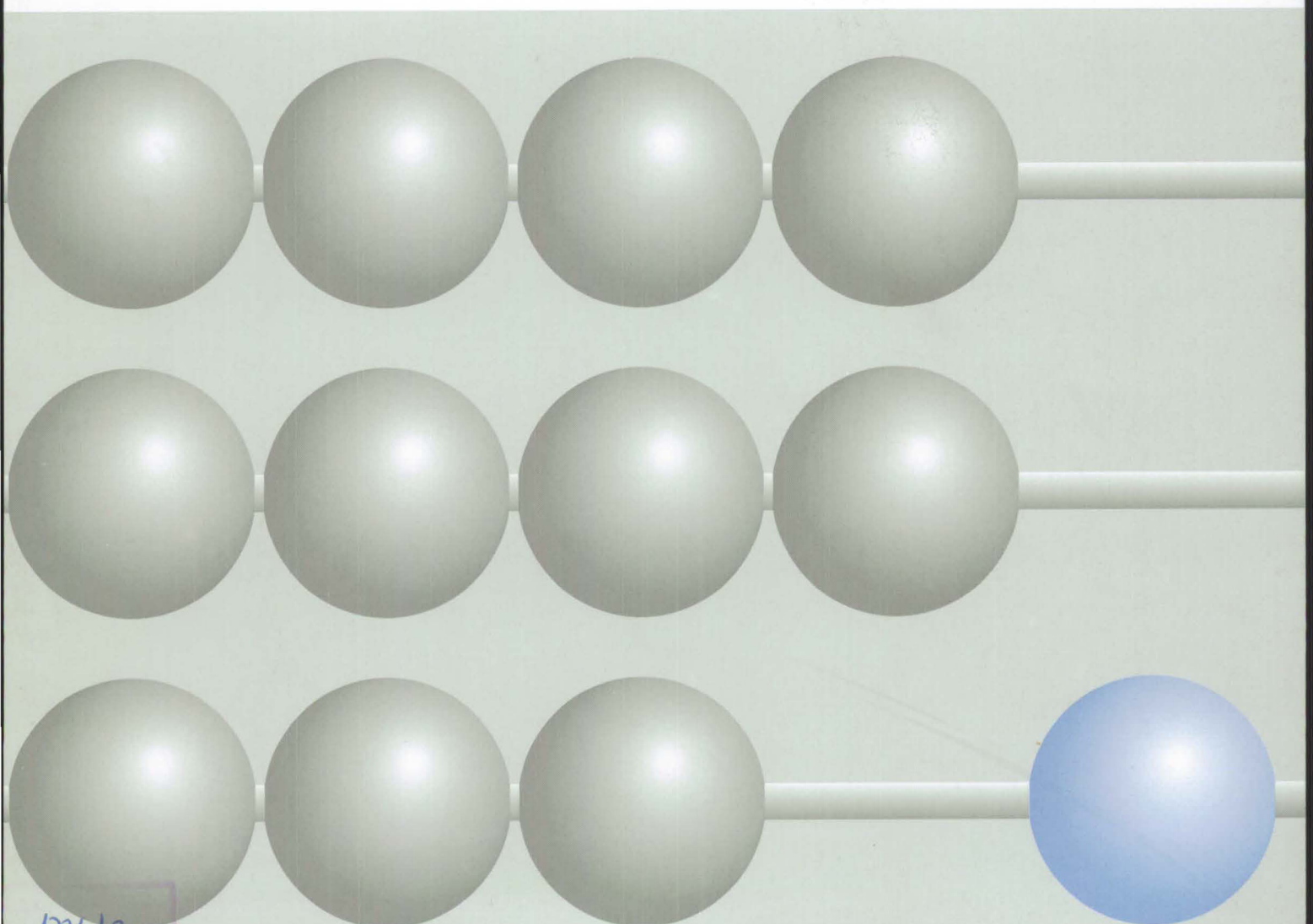
Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

52. Jahrgang, Heft 1, Januar 2000

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein



122612

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 71 30
24171 Kiel

Telefon: (04 31) 68 95-0
Telefax: (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de
Internet: www.statistik-sh.de

Redaktion:
Fritz Wormeck
Tel.: -2 46

Vertrieb:
Tel.: -2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 500

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

© Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein,
Kiel, 2000
Für nichtgewerbliche
Zwecke sind Vervielfälti-
gung und unentgeltliche
Verbreitung, auch
auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.
Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über
elektronische Systeme/
Datenträger bedarf der
vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte
bleiben vorbehalten.

ISSN 0947 – 7373

06. 3. 00
TP 261

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

52. Jahrgang • Heft 1

Januar 2000

Inhalt • *Kurz gefasst* 2

Bevölkerung, Ausländerinnen und Ausländer, Bauhauptgewerbe, Getreideernte, Straßenverkehrsunfälle, Schlachtaufkommen, Broschüre: Norddeutsche Küstenländer im Überblick

• *Aufsatz*

Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 1998 in Schleswig-Holstein

– Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt – 4

Die Autorin beschreibt kurz die Rechtsgrundlage der Sozialhilfestatistik, bevor sie ausführlich die statistischen Ergebnisse analysiert. So wird aufgezeigt, wie sich die Zahl der bedürftigen Personen entwickelt hat, und zwar in Schleswig-Holstein insgesamt wie auch in den einzelnen Regionen. Daneben werden die Zahlen für Schleswig-Holstein und Deutschland verglichen und Besonderheiten ausländischer Sozialhilfebezieher herausgestellt. Im Mittelpunkt der Ausführungen stehen geschlechtsspezifische Unterschiede, die schulische und berufliche Ausbildung, die ökonomische Situation sowie die Altersstruktur der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Dabei werden auch mögliche Ursachen für herausragende Beobachtungen aufgezeigt. Im Weiteren unterscheidet die Autorin die Bedarfsgemeinschaften nach einzelnen Typen, wodurch sie ein sehr differenziertes Bild über die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der hilfebedürftigen Personen zeichnet. Zum Schluss wird noch auf das Arbeitskräftepotential der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger sowie auf Maßnahmen für ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt eingegangen.

• *Kurzbeitrag*

Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes 18

• *Buchbesprechung*

Historischer Atlas Schleswig-Holstein 20

In dieser Buchbesprechung gibt der Verfasser nicht nur einen Überblick über die Inhalte des Historischen Atlas, sondern auch Hinweise auf die Beiträge der amtlichen Statistik zu diesem Werk.

• *Entwicklung im Bild* 22

• *Veröffentlichungen* 24

• *Beilage*

Zahlenbeilage
Inhaltsverzeichnis 1999

Statistisches Landesamt
Hamburg
+ BIBLIOTHEK +

Sch | 2000
1226/2

2.

Bevölkerung wird weiter zunehmen

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung wird bis zum Jahr 2005 weiter zunehmen. Dieses ergibt die neunte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, deren Ergebnisse jetzt vorliegen.

Die Einwohnerzahl des Landes wird im Zeitraum von 1998 bis 2005 von 2,762 Mill. um 27 000 (1 %) auf 2,789 Mill. Personen zunehmen und danach bis zum Jahr 2015 auf 2,754 Mill. zurückgehen.

Die letzte Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein nach dem Erkenntnisstand von 1994 sah für den Zeitraum von 1998 bis 2005 noch eine Bevölkerungszunahme um 56 000 Personen bzw. 2 % vor. Das Maximum der Bevölkerungszahl sollte danach im Jahr 2006 erreicht werden und mehr als 2,8 Mill. Personen betragen.

Nach der neuen Berechnung beruht die voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung bis Ende des Jahres 2015 auf einen erwarteten Wanderungsgewinn von 177 000 Personen, darunter 72 000 Personen aus Wanderungen über die Bundesgrenze, 65 000 Personen aus der Freien und Hansestadt Hamburg und 22 000 aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin).

Dagegen wird ein erheblicher Sterbeüberschuss stehen. Es wird erwartet, dass im Vorausberechnungszeitraum 413 900 schleswig-holsteinische Erdenbürger geboren und 592 400 Personen sterben werden. Hieraus resultiert ein Sterbeüberschuss von 178 500 Personen, wobei die jährlichen Werte von Jahr zu Jahr größer werden.

31 500 Unionsbürgerinnen und -bürger leben in Schleswig-Holstein

Ende 1998 lebten in Schleswig-Holstein 31 538 Ausländerinnen und Ausländer mit einer Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union. Das sind 410 oder 1,3 % weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl aller Ausländerinnen und Ausländer ist nach den Angaben des Ausländerzentralregisters gegenüber dem Vorjahr um 339 (0,2 %) auf 142 687 gestiegen. Dabei verringerte sich jedoch der Anteil der Unionsbürgerinnen und -bürger von 22,4 % auf 22,1 %.

Mit 44 259 Personen sind die Ausländerinnen und Ausländer mit türkischer Staatsangehörigkeit weiterhin am stärksten vertreten, gefolgt von 14 133 Personen mit einer Staatsangehörigkeit des Gebiets des ehemaligen Jugoslawiens sowie 8 735 polnischen Staatsangehörigen.

Unter den Unionsbürgerinnen und -bürgern sind die größte Gruppe nach wie vor mit 6 034 die Mitbürger mit dänischer Staatsangehörigkeit, gefolgt von 4 320 italienischen Staatsangehörigen sowie 3 961 Griechinnen und Griechen.

Weiterhin geringere Beschäftigung im Bauhauptgewerbe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren Ende November 1999 gut 36 700 Personen beschäftigt, was eine Abnahme von 0,7 % gegenüber Ende Oktober bedeutet. Der durchschnittliche Personalbestand für den Zeitraum Januar bis November 1999 lag um 4,1 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Der Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug gleichzeitig nur 1,6 %. Auch bei den im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden war gegenüber dem Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um 1,6 % auf 42,2 Mill. Stunden.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren in den ersten elf Monaten dieses Jahres mit 2,8 Mrd. DM um 9,2 % geringer als im Vorjahr. In den einzelnen Zweigen des Bauhauptgewerbes fiel die Nachfrage nach Bauleistungen unterschiedlich aus. So gingen die Auftragseingänge im Wohnungsbau um mehr als 14 % zurück, im öffentlichen und Verkehrsbau sogar um über 15 %. Dagegen meldeten die Betriebe im Wirtschaftsbau 7,9 % mehr Auftragseingänge.

Von der letzten Getreideernte lagern noch 20 Prozent in den Betrieben

Nach den Meldungen der amtlichen Ernte- und Betriebsberichterstatte wurden bis zum 31. Dezember 1999 80 % des Getreides und 49 % der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1999 an den Handel abgegeben oder in den landwirtschaftlichen Betrieben verbraucht. Vom Weizen lagerte am Jahresende ein Viertel, vom Roggen und der Gerste nur noch ein Zehntel der Ernte auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Im vorhergehenden Jahr befanden sich 31 % der Getreide- und 58 % der Kartoffelernte im betriebseigenen Lager.

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 1999

Die Polizei war im Oktober 1999 mit 5 098 Straßenverkehrsunfällen auf Schleswig-Holsteins Straßen befasst, das waren 10,6 % weniger Unfälle als im Oktober 1998.

Unfälle mit reinem Sachschaden (3 854) erfasste die Polizei 11,5 % weniger als im Oktober des Vorjahres. Von diesen Unfällen waren 310 schwerwiegend, oder es war Alkohol im Spiel.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (1 244) verringerte sich um 7,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Verletzten (1 609) lag um 11,7 % unter der des Vorjahres. Es verunglückten 18 Personen tödlich, genau so viele Personen wie ein Jahr zuvor. Insgesamt verunglückten damit in den letzten 12 Monaten auf den Straßen Schleswig-Holsteins 260 Menschen tödlich.

Höheres Schlachtaufkommen

Im Dezember 1999 wurden in Schleswig-Holstein 131 000 Schweine, 33 000 Rinder und 10 000 Schafe

in- und ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Damit erhöhte sich die Zahl der Schweineschlachtungen um 9 % und die der Rinder- und Schafschlachtungen um jeweils 5 % gegenüber Dezember 1998. Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 22 000 t um 7 % höher als im gleichen Vorjahresmonat.

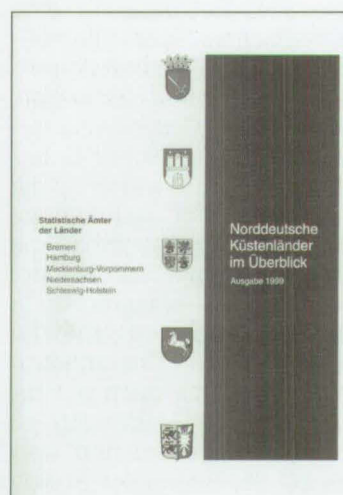
Für das gesamte Jahr 1999 ergibt sich bei den gewerblichen Schweineschlachtungen mit 1,56 Mill. Tieren eine Zunahme um 8 % gegenüber 1998. Die Ausdehnung der Schweinehaltung in Schleswig-Holstein kommt damit auch in einer erhöhten Zahl der Schweineschlachtungen zum Ausdruck. Die Zahl der gewerblichen Rinderschlachtungen lag mit 414 000 Tieren um 4 % und die der Schafschlachtungen mit 124 000 Tieren um 2 % höher als 1998. Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war 1999 mit 274 000 t um 6 % höher als im Vorjahr.

Norddeutsche Küstenländer im Überblick aktualisierte und erweiterte Neuauflage

Auf die 1998 erstmals erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter mit einem Überblick über die fünf norddeutschen Küstenländer war eine erfreulich positive Resonanz zu verzeichnen. Die weitgehend vergriffene Auflage war Anlass, nun eine stark erweiterte und aktualisierte Neuauflage herauszugeben.

Auch in der Ausgabe 1999 werden durch die Darstellung der Länder, die vielfältig geprägt sind durch das Meer, durch Schifffahrt und Handel, Werften, Reedereien, Fischfang und Tourismus, die verbindenden Elemente deutlich. Zur Beurteilung der Entwicklungspotenziale von Regionen spielen Wissenschaft, Forschung und Lehre eine besondere Rolle. Was Norddeutschland hier im Vergleich zu bieten hat, wird in dieser Ausgabe in einem Schwerpunktkapitel dargestellt.

Die Broschüre soll helfen, Strukturen und Entwicklungen der Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die vielfältigen Beziehungen zwischen ihnen deutlich zu machen und den Raum Norddeutschland als föderal gegliederte Gesamtheit zu begreifen.



Die Broschüre (48 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Tabellen) kann für 10 DM (zzgl. Porto) bezogen werden über:

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Postfach 71 30
24171 Kiel
Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80
Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de

Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 1998 in Schleswig-Holstein

– Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt –

Die Aufgabe des Staates, in soziale Not geratenen Menschen Hilfen anzubieten, leitet sich aus dem Grundgesetz ab. Um den dort festgeschriebenen soziokulturellen Mindestbedarf für ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen, hat der Gesetzgeber mit dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ein komplexes System von Sozialhilfeleistungen geschaffen. Es greift ein, wenn Personen oder Haushalte nicht mehr in der Lage sind, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip das gesellschaftlich zuerkannte Existenzminimum aus eigener Kraft oder – nach dem Grundsatz des Nachrangs – durch andere soziale Versorgungsleistungen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund hat die ebenfalls im BSHG verankerte Sozialhilfestatistik die Aufgabe, über die Struktur des hilfebedürftigen Personenkreises und den Umfang der Leistungen zu informieren. Die statistischen Ergebnisse werden vor allem von den Sozialhilfeträgern selbst immer stärker nachgefragt und detailliert analysiert mit dem Ziel, in Verbindung mit eigenen Informationen relevante Schlüsse für eine effektive Steuerung von öffentlichen Sozialhilfemaßnahmen zu gewinnen. So wurden in Schleswig-Holstein beispielsweise gezielt Programme entwickelt, mit deren Hilfe bestimmten sozialen Gruppen so geholfen werden kann, dass sie von staatlicher Unterstützung unabhängig werden. Zunächst waren es die vier kreisfreien Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck, die im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit dem Statistischen Landesamt Kontakt aufnahmen. Inzwischen sind auch die Kreise in entsprechende Überlegungen eingetreten. Immer öfter wird dabei der Wunsch an das Statistische Landesamt herangetragen, Ergebnisse der Sozialhilfestatistik auch auf regional tiefer gegliederter Ebene zur Verfügung zu stellen. Diesem Wunsch soll hier entsprochen werden, indem Daten erstmals auf der Ebene der Sozialämter dargestellt werden.

Die verschiedenen Erhebungen über öffentliche Sozialleistungen werden in Deutschland seit 1963 durchgeführt, wobei 1994 die bis heute geltende Sozialhilfestatistik und die Asylbewerberleistungsstatistik eingesetzt wurden. Einen Teil dieser Statistiken stellt die Vollerhebung zu den laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU) dar, die jährlich zum Stichtag 31.12. als Bestandserhebung durchgeführt wird. Die anonymisierten Angaben über die Bezieher der HLU erhält das Statistische Landesamt vom Ministerium

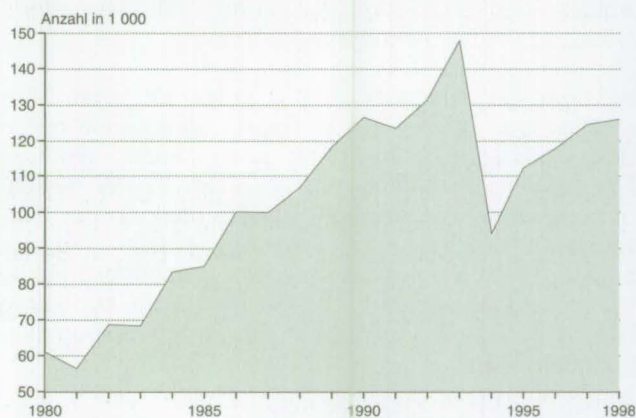
für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein als überörtlichen Träger der Sozialhilfe sowie von den Kreisen und den regionalen Sozialämtern als örtliche Träger der Sozialhilfe.

Zahl der HLU-Empfängerinnen und -empfänger stagniert

In Schleswig-Holstein ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von HLU seit den 80er Jahren beständig angewachsen. Der in der Abbildung erkennbare Einbruch der Empfängerzahl im Jahre 1994 ging auf die Reform der Sozialhilfestatistik zurück. Ab 1994 werden nicht mehr die Hilfeempfänger im Laufe des Jahres gezählt, sondern zu einem Stichtag am Jahresende. Darüber hinaus werden seit Ende 1993 Asylbewerber, zur Ausreise verpflichtete Asylbewerber und geduldete Ausländer in einer separaten Statistik erfasst und damit nicht mehr in der BSHG-Statistik berücksichtigt.

1998 ist die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Schleswig-Holstein lediglich um 1 420 oder 1,1 % auf 125 964 gestiegen. Dies ist ein deut-

Entwicklung der Zahl der HLU-Empfänger/-innen in Schleswig-Holstein von 1980 bis 1998



459903 Stat.LA S-H

¹ 1994 setzte ein neues Erhebungsverfahren ein. Vor 1994 wurden die Empfänger/-innen im Laufe des Jahres gezählt, nach 1994 die am Jahresende. Daneben wurden Asylbewerber/-innen ab 1994 in einer separaten Statistik gezählt und hier nicht mehr berücksichtigt.

HLU-Empfänger/-innen¹ im Ländervergleich 1997 und 1998

Bundesland Deutschland	Empfänger/-innen		Veränderung 1997 gegenüber 1998	Sozialhilfequote ² 1998
	1997	1998		
	1 000		%	
Früheres Bundesgebiet				
Baden-Württemberg	255 ^a	244	- 4,2	2,3
Bayern	253	244	- 3,5	2,0
Berlin-West	200	209	4,6	9,8
Bremen	71 ^a	67 ^a	- 6,1	10,0
Hamburg	145	141	- 2,6	8,3
Hessen	265	254	- 4,4	4,2
Niedersachsen	339	336	- 0,9	4,3
Nordrhein-Westfalen	699	696 ^a	- 0,5	3,9
Rheinland-Pfalz	122 ^a	122 ^a	- 1,9	3,0
Saarland	54	52	- 4,7	4,8
Schleswig-Holstein	125	126	1,1	4,6
Zusammen	2 528	2 490	- 1,6	3,7
Neue Bundesländer				
Berlin-Ost	69	73	6,1	5,7
Brandenburg	56	59	4,6	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	47	52	10,9	2,9
Sachsen	92	101	10,3	2,3
Sachsen-Anhalt	75	81	9,1	3,0
Thüringen	50	51	1,9	2,1
Zusammen	389	418	7,5	2,7
Deutschland	2 893	2 908	0,4	3,5

¹ HLU-Empfänger/-innen außerhalb von und in Einrichtungen am 31.12. des jeweiligen Jahres

² HLU-Empfänger/-innen je 100 Einwohner

^a Ergebnis der Vorausberechnung

lich abgeschwächter Anstieg, wenn man dagegen die Entwicklung des Vorjahres hält, die durch eine gegenüber 1996 um 5,7 % höhere Zahl der Empfänger gekennzeichnet war. Die relativ positive Beobachtung in 1998 steht jedoch hinter den Entwicklungen in den anderen alten Bundesländern zurück. Bis auf Berlin-West wurde bei allen anderen Ländern ein Rückgang der Empfängerzahlen festgestellt, am höchsten war er in Bremen (- 6,1 %) und im Saarland (- 4,7 %).

Innerhalb Schleswig-Holsteins war die Entwicklung unterschiedlich. Die Bestandserhebung zum 31.12.1998 ergab, dass die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von HLU in mehreren Kreisen des Landes zurückgegangen ist. Besonders hoch war der Rückgang in Neumünster mit 4,4 %, Stormarn (- 3,8 %), Dithmarschen (- 3,2 %) und Herzogtum Lauenburg

HLU-Empfänger/-innen¹ in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins 1997 und 1998

KREISFREIE STÄDTE Kreise	1997	1998	Veränderung	Sozialhilfequote ² 1998
	Anzahl			
FLensburg	7 674	7 601	- 1,0	9,0
KIEL	18 919	19 623	3,7	8,4
LÜBECK	15 337	16 001	4,3	7,5
NEUMÜNSTER	6 160	5 889	- 4,4	7,3
Kreisfreie Städte zusammen	48 090	49 114	2,1	8,0
Dithmarschen	5 933	5 743	- 3,2	4,2
Herzogtum Lauenburg	6 767	6 572	- 2,9	3,7
Nordfriesland	5 671	5 761	1,6	3,5
Ostholstein	6 829	7 102	4,0	3,5
Pinneberg	11 679	11 928	2,1	4,1
Plön	4 048	3 982	- 1,6	3,0
Rendsburg-Eckernförde	9 314	9 285	- 0,3	3,5
Schleswig-Flensburg	7 188	7 120	- 0,9	3,7
Segeberg	7 539	7 863	4,3	3,2
Steinburg	5 386	5 626	4,5	4,2
Stormarn	6 100	5 868	- 3,8	2,7
Kreise zusammen	76 454	76 850	0,5	3,6
Schleswig-Holstein	124 544	125 964	1,1	4,6

¹ außerhalb von und in Einrichtungen am 31.12. des jeweiligen Jahres

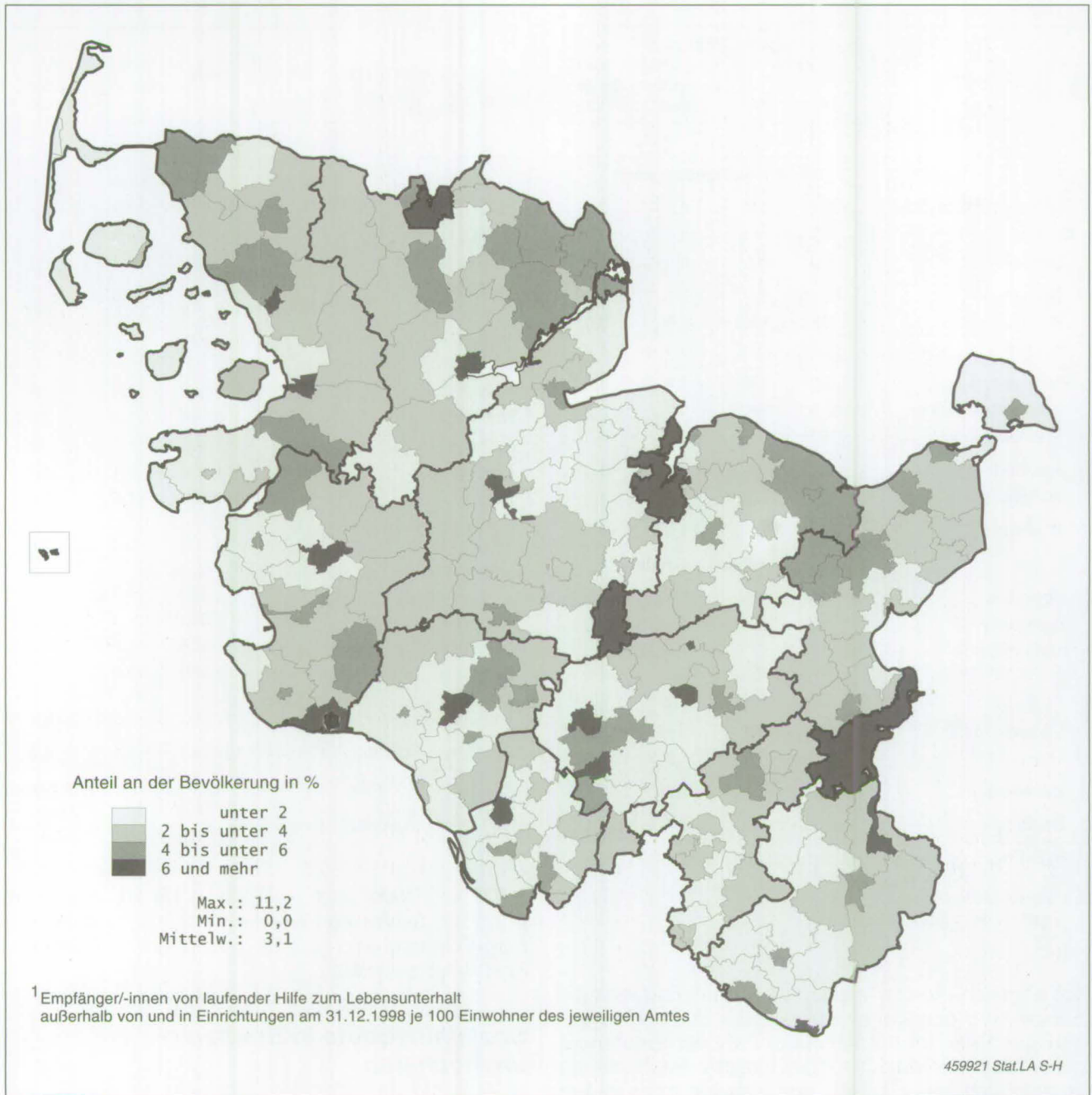
² HLU-Empfänger je 100 Einwohner

(- 2,9 %). Doch auch in Plön (- 1,6 %), Flensburg (- 1,0 %), Schleswig-Flensburg (- 0,9 %) und Rendsburg-Eckernförde (- 0,3 %) waren noch rückläufige Zahlen festzustellen.

Sozialhilfequote in Städten am höchsten

Der Vergleich zwischen den Bundesländern bestätigt, dass Sozialfälle vor allem in den Städte auftreten. Die höchsten Sozialhilfequoten 1998, d. h. der Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung zum Stichtag 31.12.1998, wurden in den drei Stadtstaaten Bremen (10,0 %), Berlin-West (9,8 %) und Hamburg (8,3 %) ermittelt. Die Flächenländer hatten insgesamt niedrigere Werte, wobei das Saarland (4,8 %) und Schleswig-Holstein (4,6 %) die höchsten Quoten aufwiesen. Am Ende der Rangfolge befanden sich Bayern mit einer Quote von 2,0 % und Thüringen mit 2,1 %.

Sozialhilfequoten¹ in Schleswig-Holstein 1998



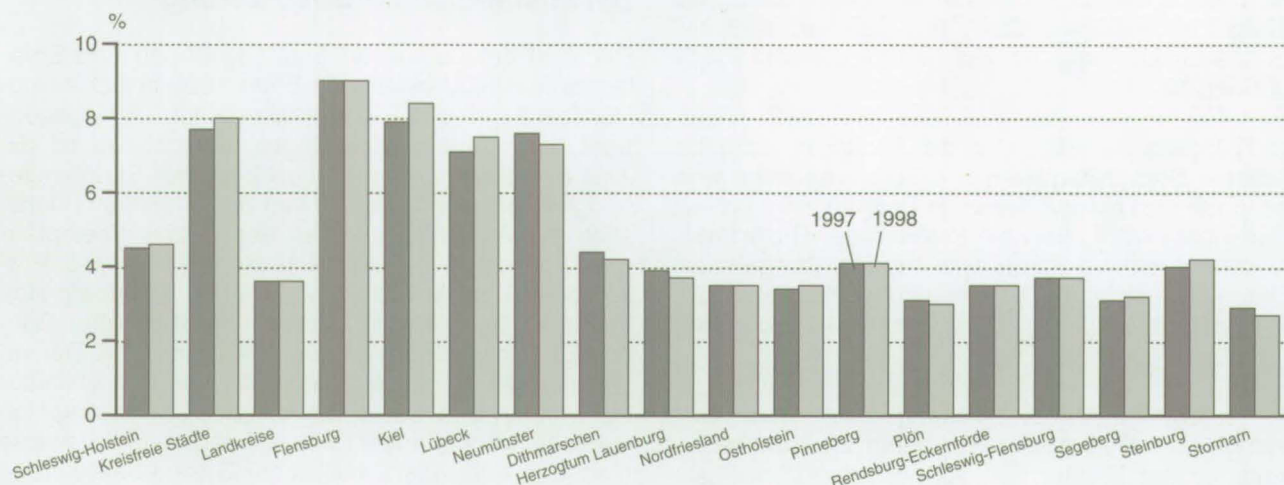
Vergleichbare Strukturen fanden sich auf den ersten Blick auch in Schleswig-Holstein. Die kreisfreien Städte weisen mit durchschnittlich 7,9 % nahezu doppelt so hohe Quoten auf wie die Kreise, deren Sozialhilfeanteil Ende 1998 bei durchschnittlich 3,6 % lag.

Eine regional tiefer gegliederte Auswertung der Sozialhilfequoten in Schleswig-Holstein zeigt jedoch, dass nicht die vier kreisfreien Städte die Rangfolge anführen. Hierfür wurde eine Sonderauswertung auf der

Ebene der 225 Sozialamtsbereiche durchgeführt. Die Quote berechnete sich dabei aus der bei einem dieser Träger registrierten Zahl von HLU-Empfängern außerhalb von und in Einrichtungen in Bezug zur dazugehörigen Bevölkerung zum Stichtag 31.12.

Die höchste so definierte Sozialhilfequote wurde mit einem Anteil von 11,2 % in der Stadt Rendsburg ermittelt. An zweiter Stelle stand die kreisfreie Stadt Flensburg mit 9,0 %, gefolgt von Lauenburg an der

Sozialhilfequoten¹ in den Kreisen Schleswig-Holsteins 1997 und 1998



459920 Stat.LA S-H

¹ HLU-Empfänger/-innen außerhalb von und in Einrichtungen am 31.12. je 100 Einwohner

Rangliste der Sozialhilfequoten¹ in Schleswig-Holstein 1998

– die 20 höchsten –

– die 20 niedrigsten –

Rang	Amt	Sozialhilfe-	Arbeits-
		quote	losenquote ²
		%	
1	Rendsburg, Stadt	11,23	20,2
2	Flensburg, Stadt	8,97	18,3
3	Lauenburg/Elbe, Stadt	8,54	15,3
4	Kiel, Landeshauptstadt	8,27	17,1
5	Elmshorn, Stadt	8,22	13,9
6	Husum, Stadt	8,11	16,5
7	Itzehoe, Stadt	8,01	15,5
8	Wahlstedt, Stadt	7,63	13,0
9	Heide, Stadt	7,58	15,6
10	Lübeck, Hansestadt	7,48	17,1
11	Bad Bramstedt, Stadt	7,41	12,4
12	Neumünster, Stadt	7,29	16,4
13	Trappenkamp	6,86	13,5
14	Brunsbüttel, Stadt	6,85	14,1
15	Kaltenkirchen, Stadt	6,76	12,7
16	Schleswig, Stadt	6,45	14,4
17	Ratzeburg, Stadt	6,44	13,7
18	Bredstedt, Stadt	6,07	13,6
19	Kellinghusen, Stadt	5,96	13,2
20	Wesselburen, Stadt	5,90	19,3

Rang	Amt	Sozialhilfe-	Arbeits-
		quote	losenquote ²
		%	
206	Sankt Peter-Ording	1,24	14,6
207	Breitenburg	1,18	–
208	Molfsee	1,14	9,3
209	Büchen	0,99	10,3
210	List	0,97	9,3
211	Dänischenhagen	0,95	–
212	Haseldorf	0,89	–
213	Timmendorfer Strand	0,77	12,5
214	Henstedt-Ulzburg	0,73	8,6
215	Herzhorn	0,66	–
216	Friedrichskoog	0,66	–
217	Föhr-Land	0,64	–
218	Stapelholm	0,60	–
219	Nusse	0,59	–
220	Landschaft Sylt	0,53	–
221	Amrum	0,46	–
222	Krempermarsch	0,40	–
223	Preetz-Land	0,35	–
224	Barsbüttel	0,34	7,3
225	Reußenköge	0,00	–

¹ HLU-Empfänger/-innen außerhalb von und in Einrichtungen am 31.12.1998 je 100 Einwohner des jeweiligen Amtes

² Die Quote bezieht sich auf die im Jahresdurchschnitt 1998 für Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern gemeldeten Arbeitslosen. Daher steht sie nicht für alle Ämter und amtsfreien Gemeinden zur Verfügung. Sie wurde abweichend von der sonst üblichen Berechnung auf der Basis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Arbeitslosen – beide nach dem Wohnortprinzip – ermittelt. Quelle: BfA

Elbe mit 8,5 %. Die größte der kreisfreien Städte, Kiel, belegte mit 8,3 % den vierten Rang. Lübeck, die zweitgrößte kreisfreie Stadt des Landes, folgt mit 7,5 % erst auf Rang 10 und Neumünster mit 7,4 % auf Rang 12.

Die Rangliste bestätigt also die Annahme, dass die höchsten Sozialhilfequoten in Städten registriert werden, doch sind hohe Anteile von Empfängerinnen und Empfängern nicht allein ein Problem der Großstädte. Kleine und mittlere Städte wiesen zum Teil genauso hohe, wenn nicht gar höhere Sozialhilfequoten auf, die jedoch bei stärkerer Aggregation im Kreisergebnis untergehen.

Die kartographische Auswertung zeigt, dass sehr niedrige Sozialhilfequoten vor allem im suburbanen Raum großer Städte, den sogenannten „Speckgürteln“ auftreten. Beispielsweise wurde in Barsbüttel, östlich von Hamburg, mit einem Sozialhilfeanteil an der Bevölkerung von 0,3 % die zweitniedrigste Sozialhilfedichte Schleswig-Holsteins festgestellt. Ämter und Gemeinden im ländlich geprägten Umland von Hamburg, wie beispielsweise Krempermarsch, Nusse, Herzhorn, Henstedt-Ulzburg und Haseldorf liegen mit Sozialhilfequoten zwischen 0,4 und 0,9 % deutlich am Ende der für die 225 Sozialamtsbereiche gebildeten Rangfolge. Aber auch ländliche Umlandgemeinden von Kiel finden sich am untersten Ende der Rangliste, wie zum Beispiel Preetz-Land, die mit einer Quote von 0,3 % und einem Rang von 223 die drittletzte Stelle einnahm. Ähnlich günstig schnitten Dänischenhagen (0,9 %, Rang 211), Molfsee (1,1 %, Rang 208) und Bordesholm-Land (1,3 %, Rang 203) ab.

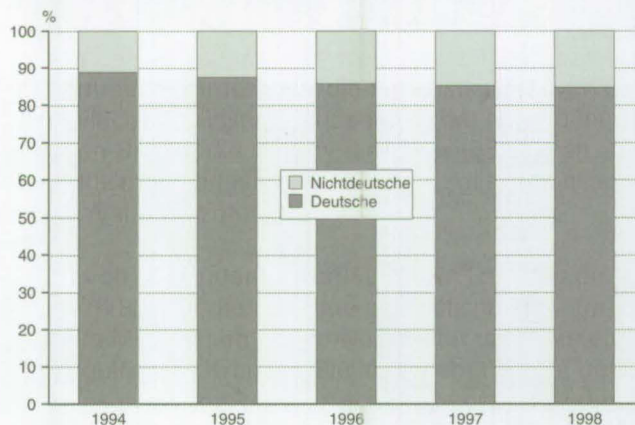
Eine weitere Gruppe von Ämtern und Gemeinden als örtliche Träger der Sozialhilfe sticht durch extrem niedrige Quoten hervor. Es handelt sich hierbei um Fremdenverkehrsgemeinden an der Nord- und Ostsee wie Amrum (0,5 %, Rang 221), Landschaft Sylt (0,5 %, Rang 220), Föhr-Land (0,6 %, Rang 217), Friedrichskoog (0,7 %, Rang 216), Timmendorfer Strand (0,8 %, Rang 213).

Es wäre zu kurz gegriffen, aus den höheren Sozialhilfequoten in Städten zu schließen, dass das städtische Umfeld das Sozialhilferisiko erhöht. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass Personen, die sich in schwierigen sozialen Lagen befinden, in der Stadt vielfach ein günstigeres Lebensumfeld vorfinden als in ländlichen Regionen. Bei der Beurteilung der Verteilungsmuster von Sozialhilfeempfängern in Schleswig-Holstein sollten daher auch Faktoren wie zum Beispiel das örtliche Mietniveau, die Versorgung mit Sozialwohnungen, die Verkehrsanbindung und Versorgungslage durch Einkaufszentren, Kindergärten, Bildungsangebote oder die Arbeitsmarktstruktur berücksichtigt werden.

Höhere Sozialhilfequote bei ausländischer Bevölkerung

Die Zahl der deutschen Empfängerinnen und Empfänger von HLU belief sich Ende 1998 in Schleswig-Holstein auf 106 465 und ist damit um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Hilfebezieher mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 4,6 % auf 19 499 angewachsen. Damit stieg der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern insgesamt im Vergleich zu 1997 um 0,5 Prozentpunkte auf knapp 16 %. Er lag in Schleswig-Holstein jedoch weiterhin deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts des Jahres 1998 von 23 %. Der relativ niedrige Ausländeranteil unter den Sozialhilfebezieherinnen und Sozialhilfebezieher Schleswig-Holsteins ist wohl in erster Linie auf den vergleichsweise niedrigen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen, der Ende 1997 in Schleswig-Holstein 5,2 % gegenüber 9,0 % im Bundesgebiet betrug. Insgesamt waren Ende 1998 in Schleswig-Holstein rd. 14 % der ausländischen Bevölkerung von Sozialhilfeleistungen abhängig, während nur 3,8 % der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein Sozialhilfe bezogen. Das Risiko, den Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen bestreiten zu können, war somit für Ausländer um gut 10 Prozentpunkte höher als bei der deutschen Bevölkerung. Die Sozialhilfestatistik gibt auch grobe Hinweise über die Staatsangehörigkeit und den ausländerrechtlichen Status. Danach kamen 6,9 % der ausländischen Empfängerinnen und Empfänger aus Staaten der Europäischen Union. Weitere rd. 20 % waren Asylberechtigte und 3,3 % Bürgerkriegsflüchtlinge. Mit 70 % entfiel der größte Personenkreis jedoch auf die Sammelposition der „sonstigen Ausländer“, in welcher sich alle übrigen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit befinden.

HLU-Empfänger/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1994 bis 1998 nach Staatsangehörigkeit



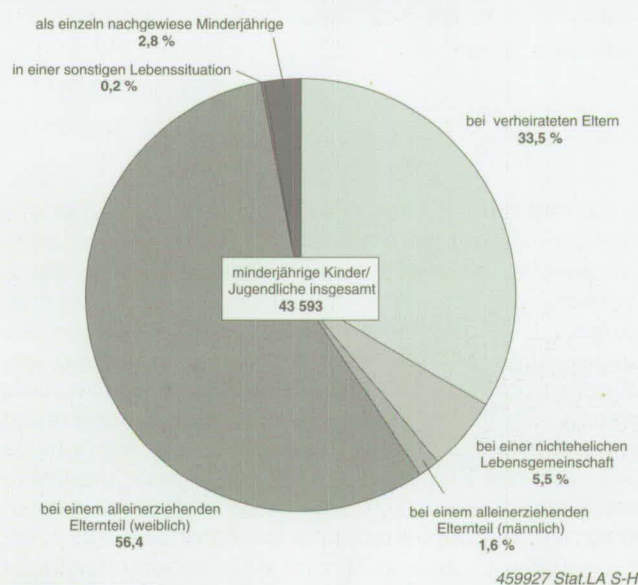
459922 Stat.LA S-H

¹ außerhalb von Einrichtungen am 31.12. des jeweiligen Jahres

Mehr als ein Drittel der Bedürftigen waren Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche stellten nach wie vor eine der Kerngruppen in der Sozialhilfe. Ende 1998 waren in Schleswig-Holstein insgesamt 47 880 Empfänger außerhalb von und in Einrichtungen minderjährig, dies entspricht einem Anteil von 38 % an allen Sozialhilfebeziehern. Ein Drittel aller Bedürftigen waren sogar Kinder unter 15 Jahren. Die Mehrzahl dieser Kinder lebten bei einem alleinerziehenden Elternteil (58,0 %), weitere 34 % bei verheirateten Eltern.

Familiäre Situation minderjähriger HLU-Empfänger/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1998



¹ minderjährige HLU-Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998

Nicht nur innerhalb der Sozialhilfebezieher stellen Kinder und Jugendliche eine bedeutende Gruppe, auch ihr Sozialhilferisiko ist das höchste. Das wird dadurch belegt, dass Ende 1998 knapp 10 % aller schleswig-holsteinischen Kinder unter 15 Jahren von der Sozialhilfe abhängig waren, also mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt aller Sozialhilfeempfänger (4,6 %). Mädchen und Jungen in diesem Alter waren nach den Ergebnissen der Sozialhilfestatistik 1998 gleichermaßen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Von der Statistik nicht erfasst werden die Kinder, die auf Grund von Kindergeld- und Unterhaltszahlungen keine eigenen Sozialhilfeansprüche haben, deren Elternteile jedoch auf Sozialhilfe angewiesen sind. Es ist also davon auszugehen, dass in der Realität noch mehr Kinder in Sozialhilfehaushalten leben, als in der Statistik gezählt werden.

Insgesamt 22 % der Empfängerinnen und Empfänger von HLU waren im Alter von 15 bis 30 Jahren und jeweils 18 % befanden sich in den Altersgruppen von 30 bis 40 Jahren und 40 bis 60 Jahren. Besonders auffällig ist in diesen Altersgruppen, wie unterschiedlich stark Männer und Frauen vertreten sind. In der Altersgruppe der 15 bis unter 30-Jährigen haben die Frauen einen Anteil von 60 % an allen Empfängerinnen und Empfängern. In der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren überwiegt der Frauenanteil mit 64 % besonders deutlich. Im Alter von 40 bis 60 Jahren ist die Geschlechterrelation schon etwas ausgeglichener, hier wurden 54 % Empfängerinnen und 46 % Empfänger registriert. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil sind Frauen im erwerbsfähigen Alter jedoch weitaus häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als Männer. Das belegen folgende Zahlen: Unabhängig vom Geschlecht liegt bei den 15- bis unter 30-Jährigen die Quote durchschnittlich bei 5,7 %, für die Frauen errechnet sich dagegen mit 7,1 % eine um

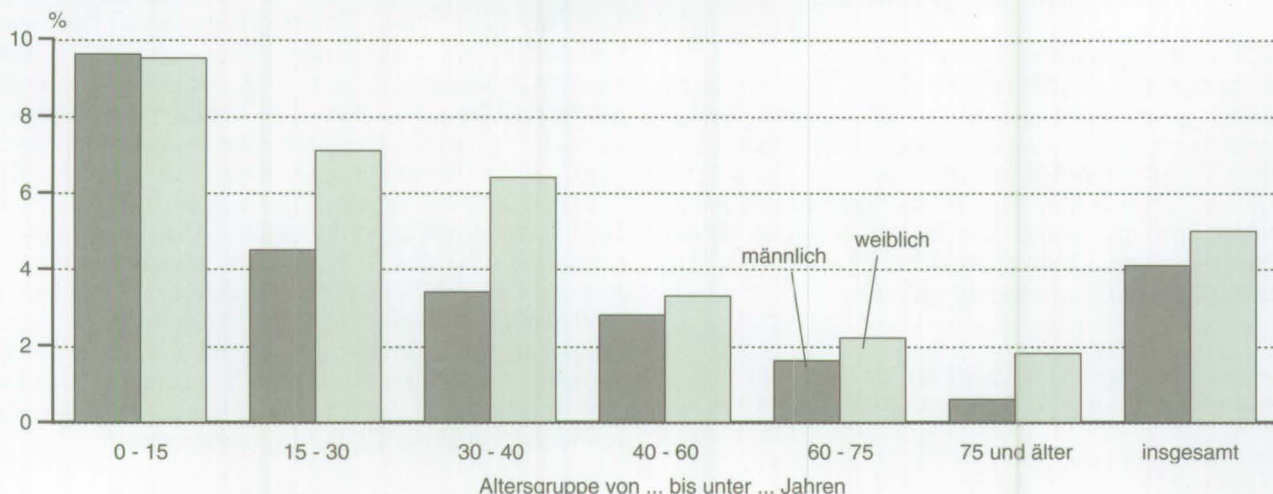
HLU-Empfänger/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1998 nach Altersgruppen, Geschlecht und Sozialhilfequote

Altersgruppe	Anzahl			Anteil der einzelnen Altersgruppen in %			Sozialhilfequote ² in %		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
0 bis unter 15	21 855	20 383	42 238	39,8	28,7	33,5	9,6	9,5	9,6
15 bis unter 30	10 923	16 241	27 164	19,9	22,9	21,6	4,5	7,1	5,7
30 bis unter 40	8 296	14 565	22 861	15,1	20,5	18,1	3,4	6,4	4,8
40 bis unter 60	10 395	12 195	22 590	18,9	17,2	17,9	2,8	3,3	3,0
60 bis unter 75	3 093	5 073	8 166	5,6	7,1	6,5	1,6	2,2	1,9
über 75	398	2 547	2 945	0,7	3,6	2,3	0,6	1,8	1,4
Insgesamt	54 960	71 004	125 964	100	100	100	4,1	5,0	4,6

¹ außerhalb und in Einrichtungen am 31.12.1998

² HLU-Empfänger/-innen je 100 Einwohner derselben Altersgruppe

Sozialhilfequoten¹ in Schleswig-Holstein 1998 nach Alter und Geschlecht



459923 Stat.LA S-H

¹ HLU-Empfänger/-innen außerhalb von und in Einrichtungen am 31.12. je 100 Einwohner

2,6 Prozentpunkte höhere Quote als für die Männer (4,5 %). In der Altersgruppe der 30 bis unter 40-Jährigen liegt die Sozialhilfequote bei 4,8 %, hier ist die Quote der Frauen mit 6,4 % fast doppelt so hoch wie die der Männer (3,4 %). Auch bei den 40 bis unter 60-Jährigen ist die Quote der Frauen noch um 0,5 Prozentpunkte höher als die der Männer.

In Schleswig-Holstein gehörten Ende 1998 insgesamt 11 111 Personen im Alter über 60 Jahren zu den älteren Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern. Dies entspricht einem Anteil von 8,8 % an allen Empfängern. Zwei Drittel dieser Altersgruppe waren Frauen, bei den über 75-Jährigen waren sogar 86 % der Bezieher weiblich. Auch unter Berücksichtigung des in diesen Altersgruppen bestehenden Frauenüberschusses ist das Sozialhilferisiko bei Frauen deutlich erhöht. So nimmt der Anteil von Sozialhilfeempfängern an der Bevölkerung zwar mit zunehmendem Alter insgesamt ab, doch sind in der Altersgruppe der über 75-Jährigen – relativ gesehen – dreimal so viel Frauen (1,8 %) wie Männer (0,6 %) von den staatlichen Leistungen abhängig.

Hier zeigt sich ganz deutlich, dass Sozialhilfebezug in allen Altersgruppen der Erwachsenen besonders stark Frauen betrifft. Dies gilt offensichtlich besonders für die Lebensphasen, in denen Frauen für die Versorgung von Kindern verantwortlich sind und es ihnen daher erschwert wird, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft sicherzustellen. Wenn die heranwachsenden Kinder eine größere Selbstständigkeit erreicht haben, gleicht sich der Sozialhilfebedarf der Frauen wieder stärker dem der Männer an. Erst im höheren Alter weicht das Geschlechterverhältnis wieder von dem in der Bevölkerung ab, was auf die Tatsache zu-

rückzuführen ist, dass Frauen im Laufe ihres Lebens in sehr viel geringerem Umfang eigene Versorgungsansprüche, beispielsweise im Rahmen der Rentenversicherung, erworben haben und so ihren Lebensunterhalt in geringerem Maße decken können als gleichaltrige Männer. Die durch die Erziehung der Kinder notwendige Unterbrechung der Erwerbsphase macht sich in der Sozialhilfebiographie vieler Frauen möglicherweise doppelt bemerkbar. So können sie während der Erziehungsphase auf soziale Unterstützung angewiesen sein, was dazu führt, dass sie geringe Versorgungsansprüche erwerben. Daraus folgt, dass diese Frauen später im Alter wiederum staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen, da ihre Renten nicht zum Lebensunterhalt ausreichen.

Alleinerziehende stellen jeden vierten Haushalt

Der enge Zusammenhang zwischen der Sozialhilfeabhängigkeit und der vorliegenden familiären Situation, der sich in der beschriebenen Altersstruktur und dem Geschlechterverhältnis angedeutet hat, wird durch eine Analyse der Familienzusammenhänge bestätigt. Am Jahresende 1998 erhielten in Schleswig-Holstein 64 965 Bedarfsgemeinschaften¹ Sozial-

¹ In der Sozialhilfestatistik werden keine Haushaltsstrukturen im eigentlichen Sinne festgestellt, sondern eine Aufgliederung nach Bedarfsgemeinschaften vorgenommen. Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören die Personen, die in die gemeinsame Berechnung des Anspruchs mit einbezogen werden. Anders als beispielsweise im Mikro- (Fortsetzung nächste Seite)

Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1998

Typ der Bedarfsgemeinschaft	1998		Veränderung zum Vorjahr	Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften	Durchschnittliche bisherige Dauer der Hilfestellung	mit Einkünften aus unselbstständiger Arbeit	
	Anzahl	%				Anzahl	%
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand zusammen	56 351	1,4		86,7	37,2	7 848	13,9
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	3 732	0,0		5,7	38,9	437	11,7
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	6 781	- 6,5		10,4	21,1	1 666	24,6
Nichtehel. Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren	1 019	11,0		1,6	38,5	228	22,4
Nichtehel. Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	1 426	18,5		2,2	21,7	447	31,3
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände	27 777	1,4		42,8	47,1	2 531	9,1
männlich	12 787	3,5		19,7	34,9	1 070	8,4
weiblich	14 990	- 0,3		23,1	57,4	1 461	9,7
Haushaltsvorstände männlich mit Kindern unter 18 Jahren	432	3,3		0,7	25,3	44	10,2
Haushaltsvorstände weiblich mit Kindern unter 18 Jahren	15 184	3,8		23,4	27,8	2495	16,4
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand	6 229	0,4		9,6	34,5	548	8,8
Nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	2 385	3,8		3,7	26,1	309	13,0
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	64 965	1,4		100	36,6	8 705	13,4
Bedarfsgemeinschaften mit Personen unter 18 Jahren	27 343	1,3		42,1	25,6	4 961	18,1
Bedarfsgemeinschaften ohne Personen unter 18 Jahren	37 622	1,5		57,9	44,5	3 744	10,0

¹ außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998

hilfe in Form von HLU. Damit ist die Zahl der Haushalte die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, seit 1994 um gut 16 000 oder 34 % angestiegen.

noch ¹ zensus werden damit die im Haushalt lebenden Personen nicht mit einbezogen, die keine Hilfeleistung beziehen (z. B. der von Erwerbseinkommen lebende Partner) oder eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden (z. B. das volljährige Kind), jedoch trotzdem mit den Hilfeempfängern zusammen wohnen und wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft kann daher nicht immer unmittelbar mit einem Haushalt gleichgesetzt werden. Gleichwohl sollen die Begriffe Haushalt und Bedarfsgemeinschaft der Einfachheit halber im Folgenden synonym gebraucht werden.

Die größte Gruppe unter den Bedarfsgemeinschaften stellten mit 43 % die Einpersonenhaushalte², wobei die Differenzierung nach dem Geschlecht etwas mehr alleinstehende Frauen als Männer ergab. Danach folgten mit 24 % die Haushalte Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern, darunter befanden sich nur zu 0,7 % Haushalte mit alleinerziehenden Vätern. Weitere 10 % der Bedarfsgemeinschaften setzten sich aus Ehepaaren mit Kindern zusammen, nur 5,7 % waren Ehepaare ohne Kinder. Weitere 10 % der Bedarfsgemeinschaften bestanden ohne Haushaltsvorstand, wobei hier auch etliche Kinder und Ju-

² einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände männlich oder weiblich

**HLU-Empfänger/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1998
nach höchstem Schulabschluss und Berufsausbildungsabschluss**

Schulabschluss Berufsausbildungsabschluss	Männlich		Weiblich		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss						
Noch in schulischer Ausbildung	2 355	12,8	2 580	9,6	4 935	10,9
Volks-/Hauptschulabschluss	9 118	49,4	13 827	51,6	22 945	50,7
Realschulabschluss	2 348	12,7	4 967	18,5	7 315	16,2
Fachhochschul- oder Hochschulreife (Abitur)	1 612	8,7	1 872	7,0	3 484	7,7
Sonstiger Schulabschluss	910	4,9	944	3,5	1 854	4,1
Kein Schulabschluss	2 105	11,4	2 629	9,8	4 734	10,5
Insgesamt	18 448	100	26 819	100	45 267	100
Weitere: unbekannt	12 852		18 536		31 388	
Höchster Berufsausbildungsabschluss						
Noch in beruflicher Ausbildung	275	1,5	448	1,6	723	1,6
Abschluß einer kaufmännischer Lehre	1 294	6,9	4 537	16,6	5 831	12,6
Abschluß einer sonstigen Lehre	6 223	33,1	5 075	18,6	11 298	24,5
Abschluß einer berufschulischen Ausbildung	280	1,5	799	2,9	1 079	2,3
Abschluß einer Fach-, Meister-, Technikerschule, Berufs-, Fachakademie	296	1,6	268	1,0	564	1,2
Fachhochschul-, Hochschulabschluss	474	2,5	543	2,0	1 017	2,2
Anderer beruflicher Abschluss	549	2,9	1 078	3,9	1 627	3,5
Kein Abschluss	9 426	50,1	14 608	53,4	24 034	52,1
Insgesamt	18 817	100	27 356	100	46 173	100
Weitere: unbekannt	12 483		17 999		30 482	

¹ außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998

gendliche geführt werden, die in einer Haushaltsgemeinschaft mit nicht anspruchsberechtigten Personen leben. Auch wenn sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften seit 1994 deutlich erhöht hat, blieb der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in diesem Zeitraum bei rd. 42 % stabil. Gering ist nach wie vor der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Nur 3,8 % aller Bedarfsgemeinschaften gehörten zu dieser Gruppe, wobei mit 2,2 % der Anteil von Lebensgemeinschaften mit Kindern höher ist als der ohne Kinder (1,6 %). Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften haben im Vergleich zu den anderen Bedarfsgemeinschaften in den letzten Jahren am stärksten zugenommen. Allein von 1997 auf 1998 stieg die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern um knapp 19 %, die der ohne Kinder um 11 %. Der wachsende Anteil von nichtehelichen Lebensgemeinschaften spiegelt die veränderte gesellschaftliche Einstellung zur Ehe wieder, die dazu geführt hat, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft zunehmend als gleichwertiges Lebensmodell akzeptiert wird und zumindest als biographische „Durchgangsphase“ einer Partnerschaft sich verbreitet. Da das so ist, wird seitens der Sozialhilfe ver-

stärkt darauf geachtet, zusammen wohnende und wirtschaftende Hilfeempfängerinnen und -empfänger auch gemeinsam zu veranlagern.

**Schulisches und berufliches
Ausbildungsniveau überwiegend gering**

In der Sozialhilfestatistik werden auch Merkmale abgefragt, die Aussagen über die vorhandenen sozialen Problemlagen und über die Ursachen der Sozialhilfeabhängigkeit zulassen. Diese Faktoren sind Hinweise dafür, wie gut Empfängerinnen und Empfänger von HLU in den Arbeitsmarkt wieder eingegliedert und somit von öffentlicher Unterstützung unabhängig werden können.

Hinweise darüber, warum die Betroffenen von Sozialhilfe abhängig geworden sind, können die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik über die schulische und berufliche Ausbildung der Sozialhilfebezieher geben. Allerdings ist die Aussagekraft dieser Daten eingeschränkt, weil den Sozialämtern zum Zeitpunkt der Einführung der neuen Statistik bei rund 40 % der

Empfängerinnen und Empfänger von HLU der Bildungsabschluss nicht bekannt war. Diese Informationslücke wird folglich erst im Laufe zukünftiger Erhebungen geschlossen. Die folgenden Aussagen zum Bildungs- und Berufsabschluss der Sozialhilfebezieher 1998 beschränken sich daher auf den Personenkreis, für den diese Angaben den Sozialämtern vorlagen.

Ende 1998 gab es in Schleswig-Holstein 45 267 Empfängerinnen und Empfänger von HLU, für die auch die Art des Schulabschlusses bekannt war. Von diesen Personen hatten die weitaus meisten den Volks- und Hauptschulabschluss, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Bei den Frauen betrug dieser Anteil knapp 52 %, der damit etwas höher war als bei den Männern (rd. 50 %). Deutlich weniger Personen verfügten über einen Realschulabschluss. Hier lag der Anteil der Frauen, die einen solchen Abschluss vorweisen konnten, mit etwa 19 % deutlich über dem der Männer (rd. 13 %). Geringer war dagegen der Personenkreis mit Hoch- und Fachhochschulreife, wobei hier der Anteil der Männer mit 8,7 % den der Frauen (7,0 %) übertraf. Weitere knapp 11 % befanden sich noch in der schulischen Ausbildung, und 4,1 % der Sozialhilfebezieher verfügten über einen anderen als hier genannten Schulabschluss. Zur besonderen Problemgruppe gehören die Personen, die keinen allgemeinbildenden Schulabschluss aufweisen können. Von den HLU-Bedürftigen, über die Aussagen zum schulischen Ausbildungsniveau vorlagen, waren Ende 1998 mehr als 10 % ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss, wobei hierzu über 11 % der männlichen und knapp 10 % der weib-

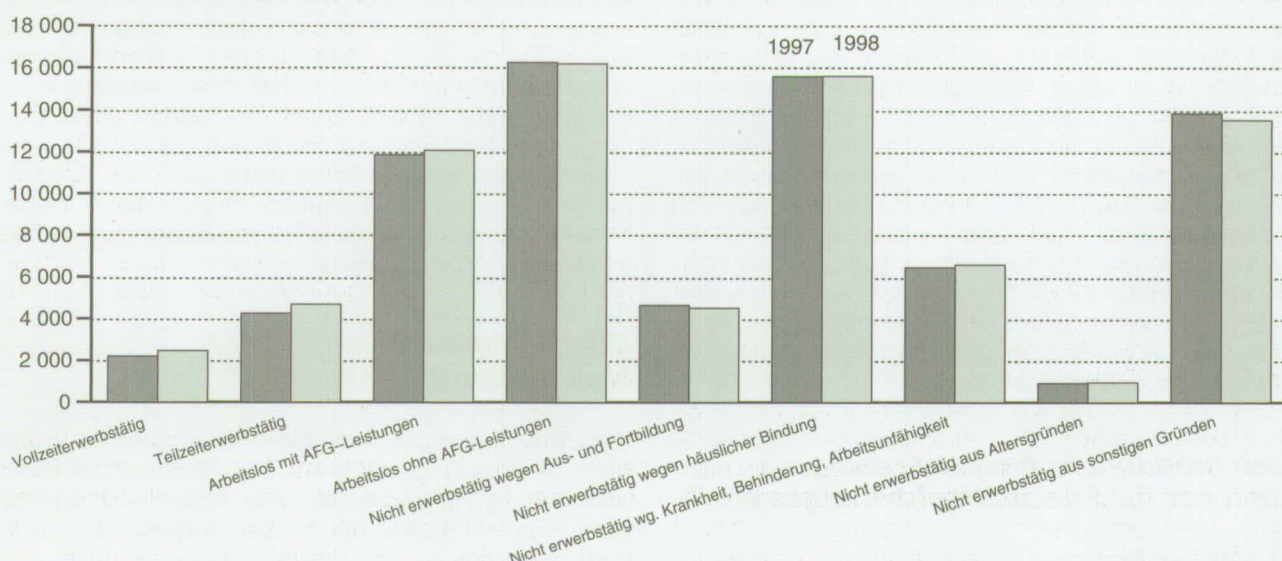
lichen Sozialhilfeempfänger zählten. Die zum schulischen Ausbildungsniveau vorgelegten Zahlen zeigen, dass vor allem Personen mit geringer schulischer Qualifikation auf die staatlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen sind. Dies werden auch die Personen sein, die heute auf dem Arbeitsmarkt nur geringe Berufsaussichten haben.

Die These, eine niedrige Ausbildung führt eher in die Abhängigkeit von Sozialhilfe als eine höherwertige, wird durch die folgenden Zahlen über die Berufsbildungsabschlüsse untermauert. In Schleswig-Holstein lagen Ende 1998 für 46 173 Empfängerinnen und Empfänger von HLU Informationen über deren Berufsausbildungsabschlüsse vor. Von diesen Personen hatte mehr als die Hälfte keinen beruflichen Abschluss, wobei der Anteil der Frauen mit gut 53 % um drei Punkte höher ausfiel als der der Männer (rd. 50 %). Weitere 37 % hatten eine Ausbildung in Form einer Lehre abgeschlossen, wobei Frauen überwiegend eine kaufmännische Lehre, Männer dagegen eine gewerbliche oder technische Lehre durchlaufen hatten. 5,7 % der Empfänger konnten einen höherwertigeren Berufsabschluss vorweisen, darunter einige sogar ein abgeschlossenes Hoch- oder Fachhochschulstudium.

Hilfeempfängerinnen und -empfänger überwiegend arbeitslos

In Zusammenhang mit dem Ausbildungsstand der Empfängerinnen und Empfänger von HLU steht auch die Erwerbsbeteiligung. Ende 1998 waren in Schles-

HLU-Empfänger/-innen in Schleswig-Holstein 1997 und 1998 nach Alter und Erwerbsstatus



¹ HLU-Empfänger/-innen im Alter von 15 bis 65 Jahren außerhalb von Einrichtungen am 31.12.

459924 Stat.LA S-H

Besondere soziale Situation von Bedarfsgemeinschaften¹ in Schleswig-Holstein 1998



459926 Stat.LA S-H

¹ Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998

wig-Holstein von den 77 000 Hilfeempfängern zwischen 15 und 65 Jahren knapp 91 % nicht erwerbstätig. Lediglich 3,2 % waren voll erwerbstätig und 6,1 % gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Insgesamt war die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit einem Anteilswert von gut 10 % um 2 Prozentpunkte höher als die der Männer (8,2 %). Frauen waren jedoch überwiegend teilzeitbeschäftigt, was als Folge ihrer stärkeren familiären Verpflichtungen gesehen werden kann. Mehr als ein Drittel (37 %) der Empfängerinnen und Empfänger von HLU im erwerbsfähigen Alter war arbeitslos gemeldet. Sie waren im Durchschnitt 38 Jahre alt und zum Zeitpunkt der Erhebung bereits 2½ Jahre arbeitslos. Neben der Arbeitslosigkeit waren 20 % der Hilfeempfängerinnen und -empfänger wegen ihrer häuslichen Bindung nicht erwerbstätig, was wiederum auf den hohen Anteil alleinerziehender Elternteile zurückzuführen ist. Als weitere Gründe der Erwerbslosigkeit wurden Krankheit (8,6 %), Aus- und Fortbildung (5,9 %) sowie Altersgründe (1,3 %) genannt. Bei weiteren 20 % war die Ursache für die Erwerbslosigkeit nicht weiter spezifiziert, hauptsächlich deshalb, weil diese Information den Sozialämtern bei der Einführung der Statistik in vielen Fällen nicht vorlag.

Trennung und Scheidung häufig Auslöser für Sozialhilfeabhängigkeit

Mit Hilfe des Merkmals „besondere soziale Situation“ sollen in der Statistik Ausnahmetatbestände als Gründe für Sozialhilfe aufgezeigt werden. Mögliche

Ausnahmetatbestände sind der Tod eines Familienmitglieds, Trennung und Scheidung, Geburt eines Kindes, Freiheitsentzug, stationäre Unterbringung, Suchtabhängigkeit, Überschuldung oder Wohnungslosigkeit. Derartige soziale Situationen lagen nur bei einem Viertel der sozialhilfebedürftigen Haushalte vor. Hier sind jedoch bei den einzelnen Haushaltstypen deutlich Abweichungen festzustellen. So befanden sich 33 % der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in einer der genannten sozialen Lage, aber nur 17 % der Bedarfsgemeinschaften ohne Minderjährige. Am häufigsten waren alleinerziehende Frauen (49 %) von einer besonderen sozialen Situation betroffen, die im Wesentlichen – Mehrfachnennungen waren möglich – durch eine Trennung oder Scheidung (37 %) oder durch die Geburt eines Kindes (11 %) bestimmt war. Hingegen lag bei 93 % der Ehepaare mit Kindern keine dieser sozialen Situationen vor. Für die Sozialhilfebedürftigkeit dieser Haushalte gibt es offensichtlich andere Ursachen, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit.

Durchschnittlicher Nettoanspruch gesunken

Zur Berechnung des monetären Bedarfs eines Haushalts werden Regelsätze für den Haushaltsvorstand und weitere Haushaltsmitglieder herangezogen, die jährlich zum 1. Juli anhand eines vorgegebenen Bedarfsmessungssystems festgesetzt werden. Der Regelsatz für Haushaltsvorstände belief sich zum Stichtag der Erhebung auf 547 DM, der für die Haus-

Bedarfsgemeinschaften¹ in Schleswig-Holstein 1998 nach Einkommensart



459925 Stat.LA S-H

¹ Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998

haltsmitglieder ist nach dem Alter gestaffelt und betrug 1998 zwischen 274 DM und 492 DM. Da mit den Regelsätzen nicht in allen Fällen ausreichend geholfen werden kann, gibt es für bestimmte Personen wie werdende Mütter, Alleinerziehende, ältere, kranke oder behinderte Hilfebedürftige zusätzlich zum Regelsatz sogenannte Mehrbedarfszuschläge. Diese betragen in Schleswig-Holstein zwischen 88 DM und 219 DM. Darüber hinaus werden die anerkannte Bruttokaltmiete und die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung hinzugerechnet. Aus diesen einzelnen Komponenten errechnet sich der Bruttobedarf einer Bedarfsgemeinschaft, er repräsentiert den Minimumbedarf für den Lebensunterhalt.

Entsprechend dem Nachrangigkeitsgrundsatz in § 2 BSHG wird Sozialhilfe nur dann gewährt, wenn alle anderen Hilfemöglichkeiten ausgeschöpft sind und sich der Hilfesuchende nicht aus eigener Kraft helfen kann. Aus diesem Grund werden auch Einkommen bei der Berechnung des Sozialhilfebedarfs einbezogen. Dazu gehören Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit wie auch aus Ansprüchen gegenüber Dritten, wie zum Beispiel Unterhaltsverpflichtungen eines getrennt lebenden Elternteils oder anderen Sozialleistungsträgern wie Wohngeld, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss, Altersrente oder Arbeitslosengeld. Die Einkommen werden vom Bruttobedarf abgerechnet, so dass sich als Differenz der Nettoanspruch ergibt. Dieser stellt den Betrag dar, der in der Regel an den Hilfeempfänger ausgezahlt wird. So ergab sich für Schleswig-Holstein zum Jahresende 1998 rein rechnerisch ein durchschnittlicher monatlicher Bruttobedarf eines Haushalts von 1 636 DM. Knapp ein Drittel davon war die anerkannte Bruttokaltmiete (551 DM). Mindert man den Bruttobedarf um das angerechnete Einkommen von durchschnittlich 869 DM

im Monat, ergibt sich ein Nettoanspruch von 767 DM. Damit ist der durchschnittliche Nettoanspruch im Vergleich zum 31.12.1997 um drei DM gesunken. Da die Regelsätze inzwischen angehoben wurden, geht der Rückgang hauptsächlich auf das gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um drei DM gestiegene Einkommen und die um fünf DM rückläufige Kaltmiete zurück.

Um die besondere soziale Situation zu ergründen, in denen sich Sozialhilfeempfänger befinden, ist es sinnvoll, die Einkommensstruktur etwas genauer zu analysieren. Die Statistik zeigt, dass Ende 1998 in Schleswig-Holstein nur 7,0 % der auf staatliche Leistungen angewiesenen Haushalte über keine Einkommensquelle verfügten und somit voll die Sozialhilfeleistungen benötigten. In den übrigen 93 % der Haushalte reichten die vorhandenen Einkommensquellen offensichtlich nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts aus, so dass ergänzend Hilfeleistungen notwendig wurden. 78 % der Haushalte erhielten Wohngeld und knapp 49 % Kindergeld. Weiterhin verfügten 20 % der Bedarfsgemeinschaften über Arbeitseinkünfte, und fast 15 % der Haushalte bezogen eine Rente oder Versorgungsbezüge. Obwohl über ein Drittel der Hilfeempfänger arbeitslos gemeldet war, erhielten nur etwa 13 % der Haushalte Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung in Form von Arbeitslosengeld (4,0 %) oder Arbeitslosenhilfe (8,5 %). Die Statistik zeigt weiter, dass viele Haushalte auf private Unterhaltszahlungen angewiesen sind. Ende 1998 waren es 12 % der Haushalte. Erwartungsgemäß ist der Anteil von Haushalten, die ein Einkommen aus Unterhaltsleistungen beziehen, bei den alleinerziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern am höchsten (34 %). Allerdings nahmen 1998 noch mehr alleinerziehende Mütter (38 %) Unterhalts-

vorschussleistungen des Jugendamts in Anspruch, wahrscheinlich deshalb, weil der unterhaltspflichtige Elternteil seinen Zahlungen nicht oder nur im geringen Maße nachkam oder nachkommen konnte.

Alleinstehende verzeichnen längste Bezugsdauer

Die durchschnittliche Bezugsdauer³ der Sozialhilfe für die am Jahresende 1998 registrierten Empfängerinnen und Empfänger betrug 36,6 Monate, sie ist damit gegenüber dem Vorjahr um drei Monate gestiegen. Der Anstieg geht möglicherweise auch auf verstärkte Datenkorrekturen in den Sozialämtern zurück, da bei der Übernahme von Sozialhilfefällen in EDV-Systeme häufig die Zugangsdaten nicht korrekt übernommen wurden. Die für Schleswig-Holstein 1998 errechnete durchschnittliche Bezugsdauer weicht um mehr als ein Jahr vom Bundesdurchschnitt 1997 (25,5 Monate) ab. Für das nördlichste Bundesland lässt sich weiterhin feststellen, dass Haushalte mit Kindern bis zum Jahresende durchschnittlich 26 Monate lang Sozialhilfe bezogen und damit deutlich kürzer Leistungen erhielten als Haushalte ohne Kinder (45 Monate). Ein Drittel aller Bedarfsgemeinschaften

waren Kurzzeitbezieher, d. h. sie nahmen bis zum Jahresende weniger als ein Jahr Sozialhilfe in Anspruch. Langzeitbezieher, das sind Haushalte, die zum Stichtag 31.12. bereits mehr als fünf Jahre Sozialhilfe erhalten, machten am Jahresende 18 % aller Bedarfsgemeinschaften aus. Mit 57 Monaten waren weibliche Einpersonenhaushalte Ende 1998 am längsten von Sozialhilfe abhängig.

Arbeitskräftepotential

Das Statistische Bundesamt⁴ hat Szenarien entwickelt, mit denen das Arbeitskräftepotential unter den Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern abgeschätzt werden kann. Das Arbeitskräftepotential stellt den Personenkreis dar, der für die Sozialämter grundsätzlich für Maßnahmen zur Integration in das Erwerbsleben, wie zum Beispiel durch „Hilfe zur Arbeit“ in Frage kommt. Die Methodik der vom Statistischen Bundesamt entwickelten Szenarien wurde als Grundlage für eine schleswig-holsteinische Schätzung genommen. Analog dazu wurde ein drittes Szenario erstellt, das auf einer breiteren Altersklasse basiert.

Für das erste Modell wird von einem grundsätzlich erwerbsfähigen Personenkreis im Alter zwischen 15 und 64 Jahren ausgegangen, zu dem Ende 1998 in Schleswig-Holstein rd. 76 700 Personen zählten. Zieht man von dieser Gruppe die Hilfeempfängerinnen und -empfänger ab, die wegen ihrer familiären

³ Zu berücksichtigen ist, dass diese Zahlen nicht die endgültige Bezugsdauer – vom ersten bis zum letzten Tag der Leistungsgewährung – wiedergeben, sondern vielmehr die bisherige Dauer zu einem Stichtag darstellen. Die Sozialhilfeleistungen dauern aber noch an. Genauere Zahlen darüber, wie lange Haushalte vom Eintritt bis zum Abgang Sozialhilfe beziehen, wird jedoch erst die Quartalsstatistik erbringen, in der die Bezugsdauer von abgehenden Haushalten erfasst wird.

⁴ Statistisches Bundesamt (1998): Sozialhilfe in Deutschland: Entwicklung und Strukturen. Pressemitteilungen 1/1999, Wiesbaden, S. 28 ff.

Schätzung des Arbeitskräftepotentials unter den HLU-Empfängern/-innen¹ in Schleswig-Holstein 1998

	Szenario I	Szenario II	Szenario III
	(15 - 64 Jahre)	(18 - 59 Jahre)	(18 - 49 Jahre)
HLU-Empfänger/-innen¹	76 655	66 800	57 619
- Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung	15 613	15 426	15 049
- Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit	6 610	5 525	3 604
= Bruttoarbeitskräftepotential	54 432	45 849	38 966
- Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit)	7 150	6 868	6 209
- Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung	4 518	1 756	1 734
= Nettoarbeitskräftepotential	49 764	37 225	31 023
Anteil an allen Sozialhilfeempfängern ¹ in %	64,9	55,7	53,8
darunter			
Arbeitslose	28 266	27 023	22 746
Nichterwerbstätig aus sonstigen Gründen	13 533	10 045	8 274

¹ außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1998 in den bezeichneten Altersgruppen

Verantwortung ans Haus gebunden waren und daher wie andere aufgrund einer körperlichen Beschwerde keiner Erwerbstätigkeit nachkommen konnten, ergibt sich in Schleswig-Holstein Ende 1998 ein Bruttoarbeitskräftepotential von 54 400 Personen. Weitere 7 200 Personen gingen bereits einer Erwerbstätigkeit nach, und 4 500 Empfänger befanden sich zum Jahresende in Aus- oder Fortbildung. So verbleibt schließlich rechnerisch ein Nettoarbeitskräftepotential von 49 700 Personen, das sind rd. 66 % der zugrunde gelegten Altersgruppe in Höhe von 76 700 Personen.

Es ist jedoch fraglich, ob die oben genannte Ausgangsgruppe allein aufgrund des Alters realistische Chancen hat, dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Entsprechend dem Vorgehen des Statistischen Bundesamtes wurden daher zwei weitere Modellrechnungen entwickelt, die von kleineren Altersgruppen ausgehen.

Betrachtet man nur die 18 bis 59-Jährigen, zu denen Ende 1998 in Schleswig-Holstein 66 800 Personen gehörten, ergibt sich rechnerisch ein Nettoarbeitskräftepotential von 37 200 Personen, das sind fast 56 % der 66 800 hilfebedürftigen Personen dieser Altersgruppe. Grenzt man die Ausgangsgruppe noch weiter ein und bezieht nur die 57 600 Empfängerinnen und Empfänger zwischen 18 und 49 Jahren in die Berechnung ein, verbleibt ein Nettoarbeitskräftepotential in Höhe von 31 000 Personen, das sind knapp 54 % aller Empfängerinnen und Empfänger von HLU in dieser Altersgruppe.

Tatsächlich dürfte das Arbeitsmarktpotential allerdings niedriger liegen, denn knapp drei Viertel dieses Personenkreises war bereits arbeitslos gemeldet und konnte offensichtlich trotz der Bemühungen der Arbeitsämter bislang nicht vermittelt werden. Das restliche Viertel war „aus sonstigen Gründen“ nicht erwerbstätig. Erfahrungsgemäß werden in dieser Sammelposition viele Empfängerinnen und Empfänger ausgewiesen, die von den Sozialämtern nicht den anderen Gruppen zugeordnet werden konnten, da die entsprechenden Angaben nicht vorlagen. Unter ihnen befinden sich wahrscheinlich viele, die aufgrund ihrer sozialen Umstände nicht erwerbstätig sein können. Es müsste auch im Interesse der Sozialämter sein, diese Angaben in den EDV-Systemen zu aktualisieren, denn nur so lässt sich das eigene Potential für die Aktion Hilfe zur Arbeit solide abschätzen.

Ansatzpunkte für Maßnahmen

Das richtige Alter allein kann eine erfolgreiche und dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht sicherstellen. Daher müssen auch andere, soziale Indikatoren berücksichtigt werden, um die Integrationsmöglichkeiten von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern abzuschätzen.

Die Auswertung der demographischen und sozialen Strukturdaten hat einen Überblick über den Personenkreis gegeben, der auf staatliche Leistungen angewiesen ist. Insbesondere drei Sachverhalte sind charakteristisch: Ein hoher Anteil der Empfängerinnen und Empfänger befindet sich im Kinder- und Jugendlichenalter. Ihre Verweildauer in der Sozialhilfe ist unmittelbar an die soziale Situation der Eltern geknüpft. Hilfeangebote, die die Zahl der Kinder und Jugendlichen aus der Sozialhilfe reduzieren können, müssen daher bei den Eltern ansetzen. Die überwiegende Zahl der Empfängerinnen und Empfänger im erwerbsfähigen Alter verfügt über ein relativ niedriges Bildungsniveau und hat aus diesem Grunde geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Integrationsmaßnahmen müssen daher auch Qualifizierungsaspekte berücksichtigen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil von Personen, die wegen ihrer häuslichen Bindung nicht erwerbstätig sein können, sehr groß ist. Maßnahmen in diesem Bereich könnten darauf abzielen, eine Verknüpfung von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, um so den Kontakt mit der Arbeitswelt in der Erziehungszeit nicht abreißen zu lassen. Eine langjährige Erwerbsarbeit kann verhindern, dass insbesondere Alleinerziehende im Alter erneut auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil dann die selbst erworbenen Versorgungsbezüge für einen Lebensunterhalt ausreichen. In vielen Kommunen sind diese Zusammenhänge sehr gut bekannt und es wird mit gezielten Programmen darauf reagiert. So gibt es beispielsweise in der Landeshauptstadt das „Kieler Modell“, das ein weites Spektrum von Maßnahmen, Programmen und Kontrollmechanismen umfasst. Zusätzlich zu den Hilfe-zur-Arbeit-Maßnahmen werden hier spezielle Hilfsprogramme die Qualifizierung von Jugendlichen „START“ und von alleinerziehenden Müttern „Wege für junge Mütter“ durchgeführt. Die Statistik kann dabei helfen, das Potential für solche Maßnahmen besser zu quantifizieren und deren Auswirkungen zu dokumentieren.

Kirsten Otto

Gerhard-Fürst-Preis des Statistischen Bundesamtes

Seit 1999 vergibt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis in den Abteilungen Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten. Mit ihm werden herausragende Arbeiten ausgezeichnet, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder um sozialwissenschaftliche Abhandlungen.

Der Gerhard-Fürst-Preis ist in der Abteilung „Dissertationen“ mit 5 000 • und in der Abteilung „Diplom- und Masterarbeiten“ mit 2 500 • dotiert. Daneben gibt es auch Förderpreise des Statistischen Bundesamtes für überdurchschnittlich gute Arbeiten, die die wissenschaftliche Diskussion im Bereich der amtlichen Statistik bereichern. Diese Förderpreise sind für Dissertationen mit 2 000 • und für Diplom- und Masterarbeiten mit 1 000 • dotiert. Von einer Preisverleihung kann abgesehen werden, wenn keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Das mit der Bewertung der eingereichten Arbeiten beauftragte Gutachtergremium, dem Professor Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg in der Schweiz, Professor Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Professor Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Walter Müller von der Universität Mannheim und Professor Werner Neubauer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main angehören, hat im vergangenen Jahr zwei Dissertationen jeweils mit einem Förderpreis des Statistischen Bundesamtes prämiert.

Ausgezeichnet wurde zum einen die Arbeit von Herrn Dr. Yuanhua Feng „Kernel and Locally Weighted Regression with Application to Time Series Decomposition“, in der konkrete Vorschläge zur Verbesserung des zur Saisonbereinigung von Zeitreihen angewandten sog. „Berliner Verfahrens“ entwickelt werden. Dr. Feng ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz tätig.

Die zweite prämierte Dissertation von Dr. Heike Wirth zum Thema „Bildung, Klassenlage und Partnerwahl. Eine empirische Analyse zum Wandel der bildungs- und klassenspezifischen Heiratsbeziehungen“ beschäftigt sich mit einer sozialwissenschaftlich relevanten Fragestellung unter Nutzung großer Daten-

sätze der amtlichen Statistik (Unterstichproben der Volkszählung 1970 und des Mikrozensus 1993). In der Literatur aufgestellte Hypothesen über das Heiratsverhalten werden teils empirisch bestätigt, teils empirisch widerlegt. Frau Dr. Wirth ist im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim beschäftigt.

Die Preise wurden am 18. November 1999 auf dem 8. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Konjunkturforschung heute – Theorie, Messung, Empirie“, das das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstaltet hat, verliehen.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2000 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden, sofern sie in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und sofern sie nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet wurden. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

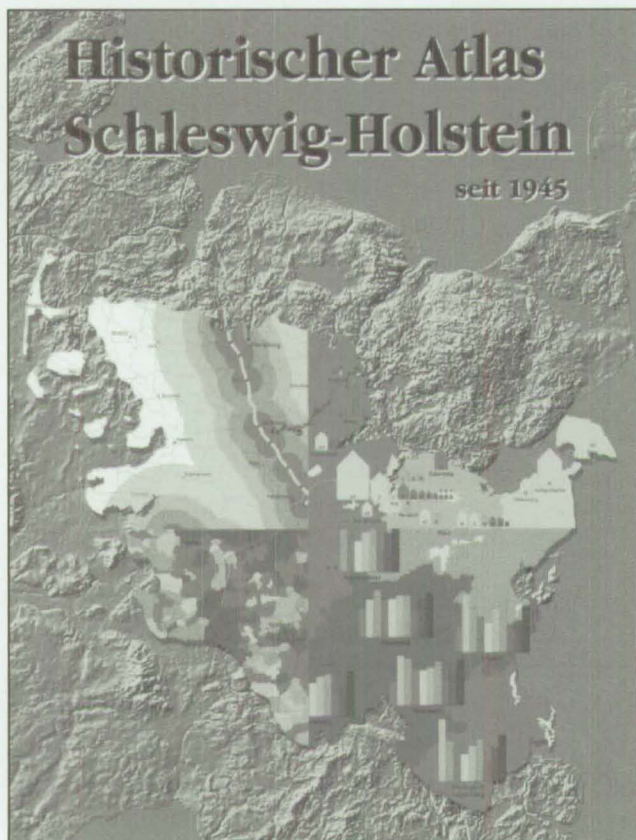
Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung
in der Bundesstatistik

65180 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzurei-

Historischer Atlas Schleswig-Holstein



Hrsg. i. A. der Gesellschaft
für Schleswig-Holsteinische Geschichte
von Ulrich Lange, Ingwer E. Mommsen, Eckhart Dege
und Hermann Achenbach

25,7 x 33,1 cm, 216 Seiten
ISBN 3-529-02445-7
DM 68,-
Wachholtz Verlag, 1999

Strukturen und Wandlungen eines Landes im geschichtlichen Kontext begreifbar zu machen, ist gemeinhin Aufgabe für Historiker, die Analyse und Darstellung räumlicher Aspekte dagegen Arbeitsfeld für Geografen. Im Zusammenspiel von Historikern, Geografen und Kartografen ist nun zum ersten Mal für Schleswig-Holstein ein Atlas mit vielfältigem und anschaulichem Kartenmaterial vorgelegt worden, der die Geschichte und den Strukturwandel des Landes unter regionalen Aspekten aufbereitet. Der vorliegende erste Teilband umfasst die Nachkriegsperiode seit 1945 und hat damit zunächst den aktuellen Rand der schleswig-holsteinischen Geschichte zum Thema. Der geplante zweite Band wird die Phase Schleswig-Holsteins als preußische Provinz von

1867-1945 aufgreifen, eine Zeit, in der Bevölkerungswachstum, Aufschwung der Landwirtschaft und Entwicklung von Industrien mit arbeitsteiliger Fabrikproduktion starke, aber auch regional unterschiedliche Impulse für die Entwicklung des Landes gebracht haben.

Die Auswahl der Themenbereiche ist weitgespannt, gleichwohl konzentriert auf allgemein Bedeutsames (z. B. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit) oder auf Themen von speziellem Belang für die schleswig-holsteinische Landesgeschichte (z. B. Landwirtschaft, Flüchtlingsfrage). Die Entwicklung der demografischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse seit der Zäsur des Zweiten Weltkriegs nachzuzeichnen und im Sinne des Wortes „anschaulich“ zu machen, ist im vorliegenden Band Anliegen der Herausgeber, die den Atlas im Auftrag der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erarbeiten. Mit diesem Kartenwerk kann deutlich gemacht werden, dass der allgemeine, in historischer Rückschau atemberaubende Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft im gegenwärtigen Schleswig-Holstein regional sehr unterschiedlich verlaufen ist. Trotz aller Globalisierungstendenzen, ausgleichender staatlicher Planungsmaßnahmen und Zerfall traditionaler kleinräumiger Strukturen sind auch für ein verhältnismäßig kleines Bundesland immer noch deutliche regionale Unterschiede erkennbar.

„Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“ – nach diesem Leitsatz ist es das Verdienst des Historischen Atlas, einer Fülle von Zahlenmaterial, das den Karten zugrunde liegt, durch Visualisierung zu unmittelbarer Aussagekraft zu verhelfen. Auf einen Blick sind z. B. regionale Siedlungskerne, Stadt-Umland-Beziehungen oder landwirtschaftliche Produktionsschwerpunkte erkennbar, die Entwicklung öffentlicher Infrastruktur in der Fläche oder der relative Rückgang des Produzierenden Gewerbes in den Regionen zugunsten des Dienstleistungssektors.

Datenrecherche, Zusammenstellung und kartografische Aufbereitung beanspruchte einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren und beträchtliche Geldmittel, die von der Sparkassenstiftung und der Kulturstiftung des Landes zur Verfügung gestellt wurden. Von den Herausgebern des vorliegenden Bandes wurden dabei überwiegend Daten der amtlichen Statistik genutzt. Im Rahmen des gesetzlichen Veröffentlichungsauftrages und der zur Verfügung stehenden Mittel ist es dem Statistischen Landesamt selbst nur selten und dann meist nur punktuell für spezielle

chen, wenn der Text zusätzlich als Windows-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2000.

Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u. a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen

Bundesamtes entnommen werden, der im Internet abgerufen werden kann (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

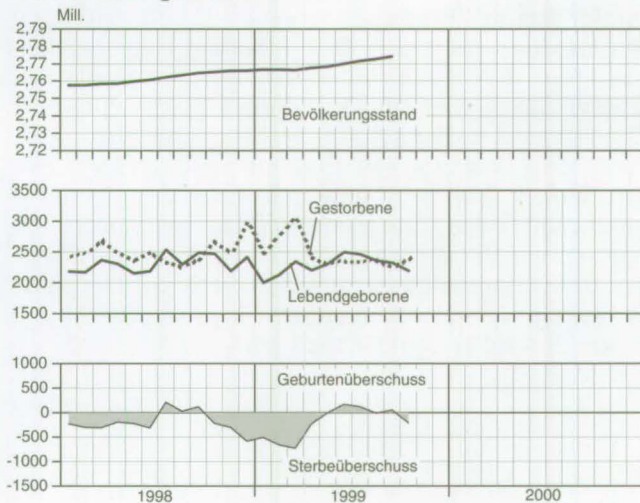
Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Tel.: 0611 - 75 - 2695

Themen möglich, in historischer Rückschau und regionalem Vergleich zugleich Daten zur Landesgeschichte jenseits der laufenden Publikationsverpflichtungen aufzubereiten. Um so bereitwilliger hat das Statistische Landesamt darum die Herausgeber und Mitarbeiter des Historischen Atlas mit Daten aus den Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik unterstützt. Der vom Wachholtz-Verlag ansprechend gestaltete Atlas wird sicherlich eine Vielzahl an Interessenten erreichen, und den Leserinnen und Lesern wird vielleicht auch auf diesem Wege der Wert der häufig als staubtrocken empfundenen Zahlenkolonnen statistischer Quellenwerke und laufender Erhebungen der amtlichen Statistik vermittelt werden können.

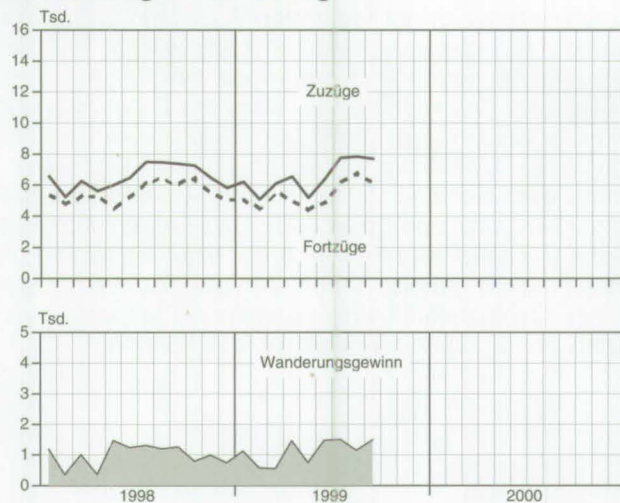
In diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf eine für das Frühjahr 2000 geplante Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht fehlen. Der „Atlas zur Regionalstatistik“ wird in vergleichbarer thematischer Breite auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte für ganz Deutschland in Kartenform die prägnante Visualisierung einer Vielzahl von Erhebungsergebnissen bieten. Dieses Werk wird eine gute Ergänzung zum Historischen Atlas Schleswig-Holstein darstellen, da hier – unter Verwendung überwiegend neuer Daten – der Blick über die Landesgrenze und so der Vergleich Schleswig-Holsteins und seiner Regionen zu den anderen Bundesländern möglich wird.

Bernd Grocholski-Plescher

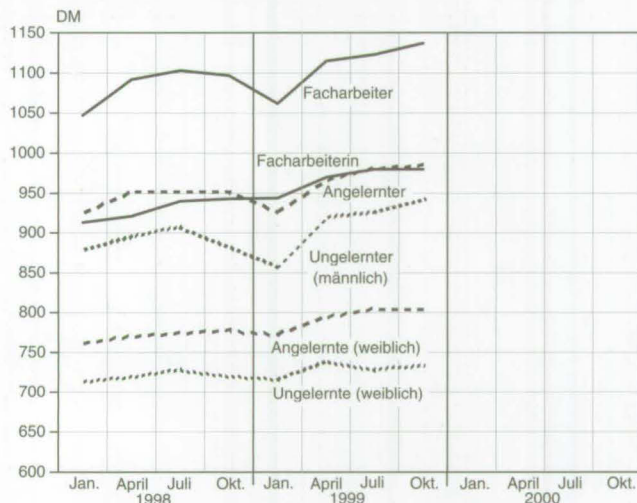
Bevölkerungsstand



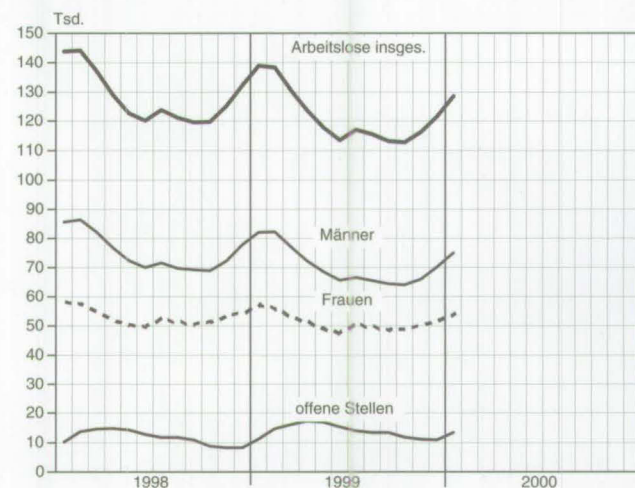
Bevölkerungsveränderung



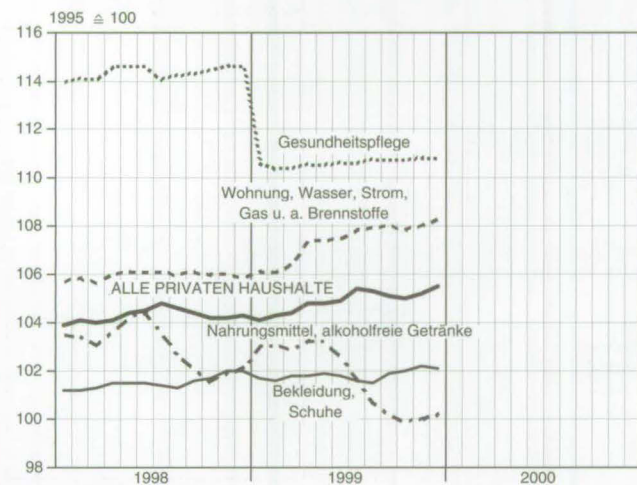
Bruttowochenverdienste



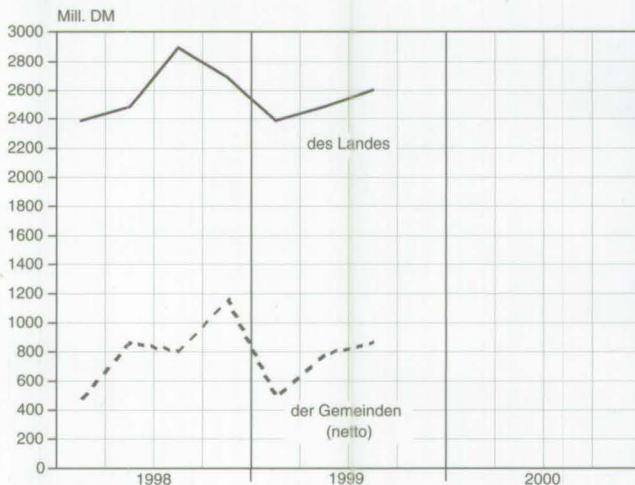
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

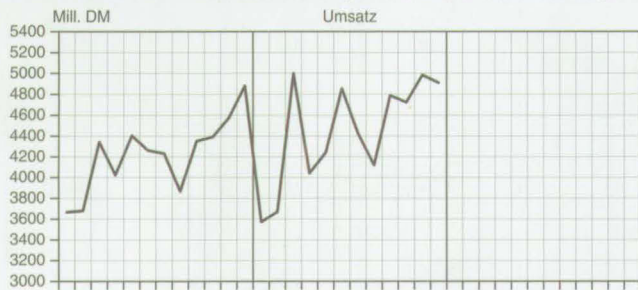


Steuereinnahmen



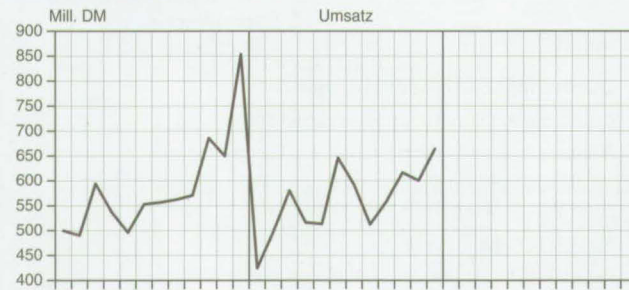
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

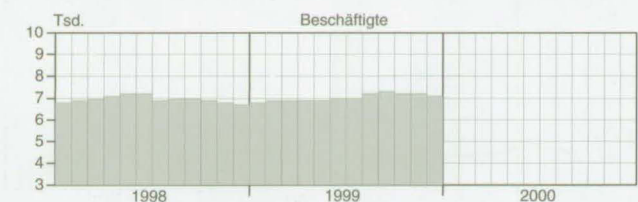
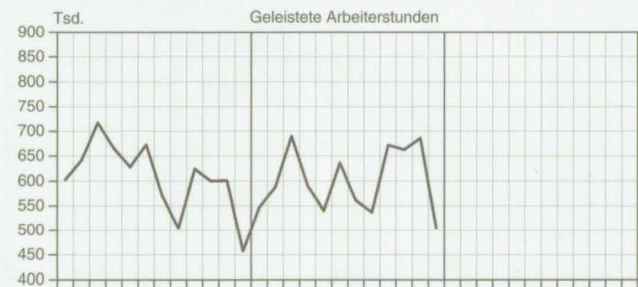


darunter Maschinenbau

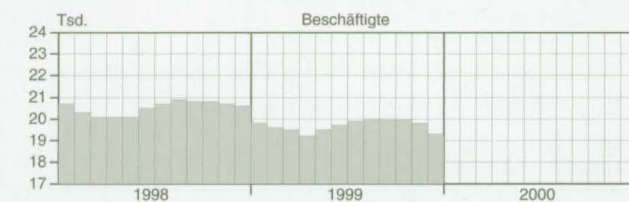
100002 Stat.LA S-H



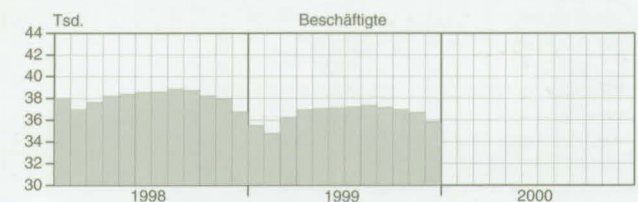
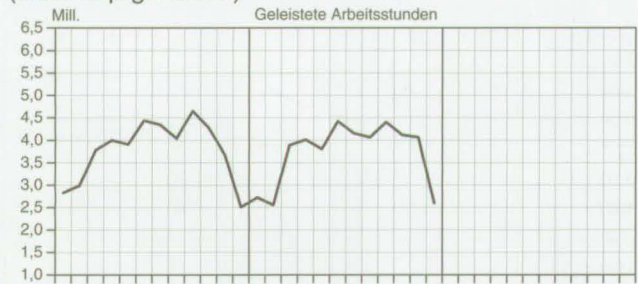
darunter Schiffbau



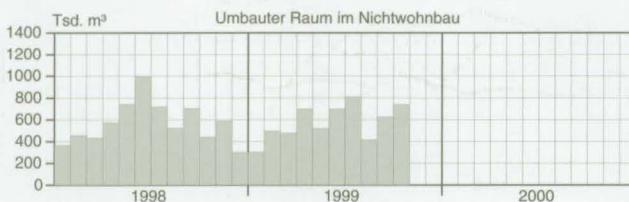
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung



Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen



Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein im Januar 2000

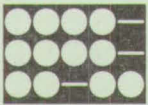
Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Perio- dizität	R	Preis (DM)
Querschnittsveröffentlichungen				
Daten zur Konjunktur im November 1999	DZK	m	L	–
Bildung				
Studentinnen und Studenten an den Hochschulen im Wintersemester 1998/99	B III 1	hj	L	5,40
Rechtspflege				
Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte 1998	B VI 1	j	L	3,00
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Erntebericht über Feldfrüchte und Grünland im Dezember 1999 - vorläufige Ergebnisse	C II 1	m	K	1,50
Schlachtungen im November 1999	C III 2	m	K	1,50
Produzierendes Gewerbe				
Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Oktober 1999	E I 1	m	K	3,50
Baugewerbe (Bauhauptgewerbe) - im September 1999 - im Oktober 1999	E II 1	m	K	3,00
Baugewerbe (Ausbaugewerbe) - im September 1999 - im Oktober 1999	E III 1	m	K	3,00
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen - im Oktober 1999 - im November 1999	F II 1	m	K	1,50
Handel und Gastgewerbe				
Entwicklung im Einzelhandel im Oktober 1999	G I 1	m	L	1,50
Ausfuhr im August 1999	G III 1	m	L	2,50
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr - im Oktober 1999 - im November 1999	G IV 1	m	G	1,50
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1998/99	G IV 1	hj	G	3,00
Entwicklung im Gastgewerbe im Oktober 1999	G IV 3	m	L	1,50
Verkehr				
Straßenverkehrsunfälle - im Juli 1999 - im August 1999 - im September 1999	H I 1	m	K	1,50
Güterverkehr auf den Eisenbahnen 1998	H I 5	j	L	3,60
Finanzen und Steuern				
Realsteuervergleich 1998	L II 7	j	G	5,00
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1999	L III 3	j	L	1,50
Preise				
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet im Dezember 1999	M I 2/S	m	B	1,50
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen				
Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Kreisen 1980, 1990, 1992, 1994 und 1996	P II 1	2j	K	3,00

R: kleinste ausgewiesene regionale Gliederung:
B = Bundesgebiet; L = Land; K = Kreise/Kreisfreie Städte;
G = Gemeinde; S = sonstige Regionalebene
Abkürzungen: m = monatlich; vj = vierteljährlich; hj = halbjährlich;
j = jährlich; 2j = zweijährlich; x = unregelmäßig; ein = einmalig

Über alle lieferbaren Publikationen (auch in elektronischer Form)
informiert unser Veröffentlichungsverzeichnis (im Internet oder als
kostenlose Broschüre).

Einzelbestellungen (zzgl. Versandkosten)
oder Abonnementswünsche bitte an:

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
- Vertrieb -
Post: Postfach 71 30, 24171 Kiel
Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80
Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

52. Jahrgang

Heft 1

Januar 2000

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		November 1999		Januar bis November 1999	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	3 122	+ 43,5	2 896	+ 33,8
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	140	- 1,7	140	- 1,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	+ 0,4	12	- 1,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	950	- 0,5	748	+ 0,8
darunter Lohnsumme	Mill. DM	484	+ 0,8	382	+ 0,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 981	+ 8,9	4 396	+ 5,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 417	+ 7,4	3 025	+ 3,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 565	+ 12,6	1 370	+ 10,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			+ 19,0		+ 7,0
aus dem Inland			+ 17,5		+ 2,5
aus dem Ausland			+ 21,5		+ 13,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	37	- 3,2	37	- 4,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	+ 10,8	4	- 1,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	184	- 2,2	146	- 2,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	620	+ 4,0	511	- 2,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	179	- 16,0	250	- 9,2
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 324	- 17,3	1 425	- 8,6
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	601	+ 2,4	581	- 2,3
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	110,2	+ 1,5	105,5	- 0,2
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	75,4	+ 1,4	99,8	+ 0,1
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	227	+ 7,2	364	+ 2,2
Übernachtungen	1 000	787	+ 7,1	1 806	- 0,1
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	116 250	- 7,1	122 323	- 4,7
Offene Stellen	Anzahl	11 156	+ 35,1	13 953	+ 16,5
Kurzarbeiter	Anzahl	2 561	- 38,2	3 272	- 26,5
Insolvenzen					
Anzahl		118	+ 3,5	88	+ 1,4

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E.II.1/E.III.1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1998	Dez. 1998	Jan. 1999	Febr. 1999	März 1999	April 1999	Mai 1999	Juni 1999	Juli 1999	August 1999	Sept. 1999	Okt. 1999	Nov. 1999
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	-2,1	-1,5	-1,5	-1,1	-0,9	-2,0	-1,6	-2,1	-1,7	-1,4	-1,5	-1,7	-1,7
	Bund	-0,2	+0,2	+0,5	+0,3	-0,0	-0,6	-0,7	-0,9	-1,0	-1,0	-1,1	-0,9	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-2,4	-2,6	-3,8	-4,2	-0,1	-3,1	-3,6	-0,2	-1,9	-0,1	-0,8	-3,4	+0,4
	Bund	+0,6	-0,1	-2,7	-2,7	+0,5	-1,7	-2,8	+0,0	-5,9	r+1,6	-2,6	-4,6	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-1,6	-0,3	-1,9	-1,1	+3,2	+0,1	+1,4	-1,9	+0,8	+3,5	+4,1	+1,6	-0,5
	Bund	+1,9	+4,8	+1,1	+1,3	+4,3	+2,6	+2,3	+0,2	+0,5	+1,0	+0,9	+0,0	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+1,3	+5,9	-2,6	-0,4	+15,0	+0,4	-3,7	+13,9	+3,2	+6,5	+10,0	+7,5	+8,9
	Bund	+3,2	+1,1	-2,9	-1,2	+3,1	-0,1	+0,3	+3,9	-1,7	+6,4	+5,6	+3,0	...
Inlandsumsatz	Land	+1,2	+13,2	-5,5	-0,2	+4,2	+2,2	-6,5	+9,2	+0,0	+9,0	+9,0	+8,2	+7,4
	Bund	+1,0	-0,0	-3,8	-2,1	+1,1	-1,0	-1,3	+3,4	-2,9	+5,6	+3,7	+0,8	...
Auslandsumsatz	Land	+1,4	-8,4	+4,7	-0,8	+42,7	-3,8	+2,2	+24,8	+11,4	+0,6	+12,4	+5,8	+12,6
	Bund	+8,0	+3,6	-1,0	+0,5	+7,2	+1,8	+3,3	+4,7	+0,8	+8,1	+9,4	+6,8	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+5,2	-8,6	-10,3	+30,0	+10,6	-11,4	-0,3	+18,5	-1,7	+14,6	+9,5	-0,4	+19,0
	Bund	+4,2	-0,4	-7,7	-4,5	-2,6	-2,4	-2,0	+3,6	-1,8	+12,1	+4,2	+6,4	...
aus dem Inland	Land	+0,9	-3,5	-7,7	-0,4	-3,7	-7,8	-7,2	+8,8	+7,4	+6,7	+5,2	+7,4	+17,5
	Bund	+4,6	-0,4	-7,5	-6,1	-2,7	-3,4	-2,5	+2,2	-5,4	+5,6	-1,3	+4,2	...
aus dem Ausland	Land	+12,0	-15,0	-14,2	+67,2	+31,9	-16,1	+9,8	+34,7	-12,7	+28,4	+16,1	-9,5	+21,5
	Bund	+3,8	-0,3	-7,9	-2,3	-2,4	-1,0	-1,0	+5,5	+3,6	+22,5	+12,4	+9,8	...
Energieverbrauch ¹ (vierteljährlich)	Land	+0,9	—	—	-4,3	—	—	-1,4	—	—	-25,6	—	—	.
	Bund	-2,3	—	—	-12,2	—	—	-2,0	—	—	-3,5	—	—	.
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-5,1	-7,0	-6,5	-6,0	r-3,7	r-3,3	r-3,4	r-3,8	r-3,6	r-3,9	r-4,0	-3,3	-3,2
	Bund	-5,4	-5,3	-4,4	-4,1	-7,7	-6,8	-6,5	-6,5	-6,1	-6,0	-6,4
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-6,5	-14,8	-3,7	-14,4	r+2,8	r+0,4	r-2,7	r-0,4	r-4,3	r+0,6	r-5,3	-3,6	+10,8
	Bund	-5,7	-10,3	-1,9	-12,6	-3,4	-4,7	-6,1	-2,7	-10,1	-1,6	-6,1
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-6,4	-11,2	-11,6	-10,8	r+2,0	r+1,0	r+0,8	r-1,3	r-3,2	r+2,0	r-1,1	-0,7	-2,2
	Bund	-5,7	-7,1	-6,2	-6,1	-3,3	-3,0	-3,0	-3,1	-5,6	-1,3	-2,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-1,7	-12,1	-0,4	-5,4	r-19,7	r-3,4	r-1,9	r+5,7	r-1,6	r-1,2	r-4,2	-0,1	+4,0
	Bund	-4,5	-8,2	-5,3	-5,9	-18,2	+3,6	+3,3	+3,7	-1,8	+3,1	+2,9
Auftragseingang ³	Land	-7,5	-13,4	-1,4	-3,4	-10,2	-19,4	-8,6	-5,5	-0,9	-7,1	-9,5	-14,9	-16,0
	Bund	-0,3	-3,0	3,5	3,0	-1,3	+0,2	+3,6	+0,9	-5,0	+1,9	-8,7
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-5,0	-30,3	-11,7	-20,5	-23,7	-21,0	+8,3	-5,8	-6,5	+5,4	+6,6	-5,6	-17,3
	Bund	p-9,6	-0,8	-0,2	-4,3	-4,1	-9,3	-16,0	-11,7	+4,1	-8,4
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	+27,0	-21,5	-17,1	+9,0	+11,2	+21,9	-30,0	-29,4	+12,4	-20,8	-11,3	+68,0	+2,4
	Bund	p+8,7	+11,4	+16,8	+16,3	+20,3	+0,4	-18,9	+10,6	-2,3	r-19,7
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	+2,2	+0,9	-5,1	r-1,4	+3,9	+0,6	r-2,4	+2,6	-0,4	r+0,5	r-1,2	r-2,0	+1,5
	Bund	r+1,6	r+3,6	r-2,5	r-0,9	r+4,0	r+2,6	r-1,0	r+5,3	r-0,2	r+6,0	-0,8	-0,5	...
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	-2,2	-3,4	-1,2	-3,1	+3,8	-0,5	-1,0	-3,9	r+4,8	r-4,4	+3,5	r+2,2	+1,4
	Bund	-1,6	-0,7	-0,9	-3,6	-0,6	r+0,4	-0,4	r-0,3	r+1,4	r-0,4	r+2,2	r+1,0	-0,7
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+1,0	+3,2	+0,5	+0,7	+8,8	-3,8	p+3,6	p-1,0	p+9,6	p-5,7	p+4,1	p+3,4	p+7,2
	Bund	+4,0	+6,3	+6,7	+6,5	+5,8	+7,5	+2,0	+4,6	+6,0	+4,5	+5,5
Übernachtungen	Land	-1,4	+3,3	+4,9	+4,8	+11,3	-8,9	p+1,5	p-0,3	p+0,1	p-5,0	p+0,4	p+2,8	p+7,1
	Bund	+2,6	+6,5	+8,3	+7,1	+7,7	+3,2	+2,3	+4,4	+4,3	+1,9	+3,4
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+1,2	-2,3	-3,4	-4,0	-4,8	-4,3	-4,1	-5,6	-5,6	-4,6	-5,3	-5,8	-7,1
	Bund	-2,4	-7,2	-7,6	-7,4	-7,2	-6,2	-4,7	-3,4	-2,6	-1,8	-0,6	-0,2	-1,1
Offene Stellen	Land	+7,7	+1,0	+9,7	+7,3	+10,6	+16,9	+18,0	+19,3	+18,5	+13,2	+22,5	+34,1	+35,1
	Bund	+25,1	+13,7	+16,7	+14,5	+11,1	+8,2	+3,6	+1,5	+3,4	+2,8	+6,2	+9,7	+13,0
Kurzarbeiter	Land	-29,7	+5,1	-20,3	-10,8	-21,2	-33,4	-30,9	-25,5	-38,4	-35,1	-25,0	-27,6	-38,2
	Bund	-36,7	-10,5	-0,6	-6,1	-1,6	-5,1	+14,8	+27,8	+28,3	+36,1	+11,9	+0,4	-16,7
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+13,6	+62,4	+18,4	-18,6	-8,6	+34,5	-3,8	-11,0	-13,3	+32,9	+12,0	+9,0	+3,5
	Bund	+1,7	+14,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	107 273	+ 3,3	95 227	+ 1,1	92
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	110 423	+ 2,9	96 860	+ 1,7	92
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22	113 788	+ 3,0	98 982	+ 2,2	92
1998	163	12	54	64	15	117 067	+ 2,9	100 780	+ 1,8	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12. ^a				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^b	421 ^b	1 269 ^b	2 687 ^b	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^b	402 ^b	1 308 ^b	2 687 ^b	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^b	395 ^b	1 348 ^b	2 687 ^b	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
								1 000 t	Mill. kwh			
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	158	873	5 219	3 877	39

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen im April des jeweiligen Jahres

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997 einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Stetinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a 1998 am 03.11.

^b repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	1 249	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	1 269	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	...	p 17 080	p 9 411	p 1 006	p 15 574	4 097	362	20 483	716

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768
1998	1 729	102	1 441	83	14 376	245	19 047	31 189

Jahr	Steuern								Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes		der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer			insgesamt	Kredit-mittel		
				insgesamt				Kredit-mittel					
Mill. DM													
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716	
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859	
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026	
1997	...	9 924	3 223	5 493 ^a	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184	
1998	...	10 440	3 315	5 868 ^a	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248	

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 = 100)					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohn-gebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	land-wirt-schaftlicher Produkte ¹⁰		insgesamt	darunter Nahrungs-mittel und alkoholfreie Getränke	Bruttowochenlohn	Bruttomonatsgehalt	Bruttomonatsgehalt ¹³	kaufmännische Angestellte		technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)
			Männer						Frauen	Männer		
	DM											
	1994	98,3	91,7	97,7	98,3	...	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498
1995	100,0	91,6	100,0	100,0	100,0	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	98,8	91,1	99,8	101,4	100,6	1 022 ^b	734 ^b	5 419 ^b	3 870 ^b	6 254 ^b	4 769	3 594
1997	99,9	p 92,6	99,1	103,3	102,0	1 024 ^b	746 ^b	5 514 ^b	3 962 ^b	6 240 ^b	4 628	3 438
1998	99,5	87,1	98,7	104,3	103,0	1 033 ^a	760 ^a	5 634 ^a	4 065 ^a	6 411 ^a	4 697	3 490

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr, ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Basisjahr 1991 = 100

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a ohne Einfuhrumsatzsteuer

^b Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 750	2 761	2 765	2 765	2 766	2 773
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 486	p 1 523	p 1 829	p 1 501	p 910	p 2 289
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	p 8,1	p 6,4	p 8,1	p 4,0	p 9,7
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 423	p 2 311	p 2 486	p 2 466	p 2 187	p 2 358
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,6	p 10,9	p 10,9	p 10,9	p 9,6	p 10,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 523	p 2 504	p 2 366	p 2 685	p 2 492	p 2 369
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,0	p 10,4	p 11,4	p 10,4	p 11,0	p 10,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 12	p 8	p 13	p 11	p 10	p 11
	je 1 000 Lebendgeborene	p 5,0	p 5,2	p 4,5	p 5,2	p 4,6	p 4,7
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p 100	p - 193	p + 120	p - 219	p 305	p - 11
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 0,4	p - 0,8	p + 0,5	p - 0,9	p 1,3	p - 0,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 704	6 489	7 353	7 242	6 444	7 829	7 694
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 489	1 348	1 702	1 553	1 372	1 691	1 708
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 423	5 497	6 098	6 452	5 454	6 683	6 193
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 168	1 198	1 424	1 307	1 152	1 431	1 403
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 281	+ 991	+ 1 255	+ 790	+ 990	+ 1 146	+ 1 501
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 316	11 469	11 874	12 310	11 972	12 371	12 131
Wanderungsfälle	Anzahl	23 443	23 455	25 325	26 004	23 870	26 883	26 018
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	127	128	120	120	125	116	113	113	116
darunter Männer	1 000	75	75	69	69	72	66	64	64	66
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,4	4,5	3,0	3,5	4,1	2,1	2,3	2,5	2,6
darunter Männer	1 000	5,1	3,6	2,4	2,8	3,5	1,6	1,8	2,0	2,1
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,8	11,7	10,9	8,8	8,3	13,3	13,4	11,8	11,2
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 336 ^a	1 342 ^a	.	.	1 342	.	.	.	p 1 311
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	402 ^a	395 ^a	.	.	395	.	.	.	p 384
Schweine	1 000	1 308 ^a	1 348 ^a	.	.	1 348	.	.	.	p 1 423
darunter Zuchtsauen	1 000	124 ^a	122 ^a	.	.	122	.	.	.	p 125
darunter trächtig	1 000	89 ^a	85 ^a	.	.	85	.	.	.	p 91
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	33	38	41	41	35	42	41	43
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	2	1	1
Schweine	1 000 St.	106	121	124	135	138	131	134	130	141
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	0	1	1
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	20,7	21,5	23,3	24,9	25,0	22,8	25,5	24,6	26,3
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,8	10,2	11,7	12,4	12,2	10,6	12,9	12,5	13,2
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
* Schweine	1 000 t	9,6	11,0	11,3	12,2	12,4	11,7	12,1	11,7	12,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	307	311	307	306	307	311	310	308
Kälber	kg	136	137	137	138	137	136	135	134	135
Schweine	kg	91	91	91	91	91	90	90	90	91
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	29 607	29 009	28 701	30 204	28 791	29 015	27 518	26 781	28 560
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	68
Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	95	96	96	96	96	96	97
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	16,1	15,7	15,5	15,4	15,8	15,9	15,9	16,1

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a 1997 Dezember, 1998 November

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	146	143	144	143	143	141	141	141	140
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	91	88	89	89	88	87	87	87	86
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 063	11 778	12 157	12 305	12 228	11 082	12 063	11 882	12 283
* Lohnsumme	Mill. DM	392,1	382,0	363,9	377,8	480,5	377,9	379,5	380,2	484,2
* Gehaltssumme	Mill. DM	966,1	363,9	336,6	345,5	473,9	347,8	349,9	354,6	465,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 171	4 223	4 352	4 392	4 573	4 117	4 788	4 721	4 981
* Inlandsumsatz	Mill. DM	2 931	2 966	3 074	3 054	3 182	2 956	3 352	3 306	3 417
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 239	1 257	1 278	1 338	1 390	1 161	1 436	1 416	1 565
Kohleverbrauch	1 000 t	14
Gasverbrauch	Mill. kWh	445	435
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	70	73
leichtes Heizöl	1 000 t	5	4
schweres Heizöl	1 000 t	64	68
Stromverbrauch	Mill. kWh	324	328	327	338	334	301	293	342	346
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	39	39	33	41	50	33	34	40	46
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 659	1 984	2 015	2 350	2 176	2 907	2 914	3 146	3 122
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 081	990	1 047	1 155	1 195	989	988	1 097	1 179
Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³
Handwerk (Meßzahlen)³										
		3. Vj. 98					3. Vj. 99			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1998 = 100	90,0	95,5	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1998 = 100	93,4	103,7	.	.
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	40 115	38 078	38 738	38 244	37 955	37 358	37 180	36 981	36 727
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 048	3 786	4 648	4 275	3 671	4 064	4 400	4 119	4 066
* Wohnungsbauten	1 000	2 059	1 952	2 400	2 206	1 866	2 093	2 263	2 087	2 066
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	876	814	946	879	819	827	927	905	908
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 065	974	1 255	1 119	948	1 075	1 150	1 058	1 043
* Lohnsumme	Mill. DM	126,2	117,0	124,9	118,4	145,9	123,4	122,9	117,8	143,7
* Gehaltssumme	Mill. DM	32,4	31,3	29,5	30,4	42,1	30,4	29,7	29,9	40,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	534,4	525,2	637,0	582,8	596,2	538,9	610,4	582,2	619,8
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	292,3	270,4	357,9	282,2	213,2	236,9	324,0	240,1	179,1
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 693	12 020
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 477	1 329
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	49,4	47,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142,3	147,2

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1997	1998	1998			1999			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	842	921	1 041	870	777	1 015	1 178	882	847
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	682	789	917	759	638	897	1 040	765	740
2 Wohnungen	Anzahl	86	73	71	48	68	78	79	79	53
* Rauminhalt	1 000 m ³	761	777	832	712	754	793	915	686	677
* Wohnfläche	1 000 m ²	148	149	161	133	148	154	178	132	135
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	103	113	142	102	111	112	128	139	112
* Rauminhalt	1 000 m ³	449	570	706	440	587	416	626	739	601
* Nutzfläche	1 000 m ²	76	93	107	73	103	72	110	132	99
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 757	1 665	1 733	1 509	1 747	1 576	1 776	1 368	1 431
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 420,9	r 1 481,1	1 410,0	1 568,6	1 661,6	1 411,6	1 664,7	1 835,1	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	143,1	r 138,1	103,9	117,1	102,5	140,8	228,3	146,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 277,8	r 1 343,1	1 306,1	1 451,5	1 559,1	1 270,8	1 436,4	1 688,3	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	28,0	r 25,2	24,1	17,7	18,4	33,7	19,6	26,0	...
* Halbwaren	Mill. DM	76,8	r 72,5	68,3	68,0	59,2	54,7	59,9	117,2	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 173,0	r 1 245,4	1 213,7	1 365,7	1 481,5	1 182,4	1 356,9	1 545,1	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	182,7	r 167,6	137,2	162,8	166,7	129,5	130,7	146,2	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	990,3	r 1 077,8	1 076,5	1 202,9	1 314,8	1 053,0	1 226,2	1 399,0	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	747,2	r 842,0	706,0	978,8	931,2	826,2	859,0	824,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	120,1	r 118,3	79,7	238,2	78,9	103,6	129,1	78,8	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	100,3	r 117,3	105,2	110,2	133,8	123,8	158,1	142,9	...
Niederlande	Mill. DM	r 107,8	r 117,1	80,7	114,2	106,7	120,0	93,8	100,8	...
Frankreich	Mill. DM	r 94,3	r 114,9	94,3	130,7	145,0	109,2	112,0	150,3	...
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	105,0	107,3	102,4	108,0	108,5	104,1	101,2	105,8	110,2
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,5	98,3	109,4	94,4	74,4	137,7	113,2	96,5	75,4
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	338	341	431	370	212	p 531	p 448	p 383	p 227
darunter von Auslandsgästen	1 000	28	30	33	30	26	p 39	p 30	p 30	p 30
* Übernachtungen	1 000	1 731	1 707	2 253	1 740	735	p 3 497	p 2 262	p 1 789	p 787
darunter von Auslandsgästen	1 000	57	60	62	63	50	p 79	p 61	p 61	p 59
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 919	1 821	1 883	1 890	1 990	1 803	1 929
* Güterversand	1 000 t	1 140	1 093	1 052	1 150	1 022	957	1 080
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	156	155	151	151	167	137	139	172	...
* Güterversand	1 000 t	169	201	185	169	233	217	233	183	...
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
* darunter Krafträder	Anzahl	11 078	11 021	9 773	10 443	10 543	9 254	10 728	1 020	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	863	774	458	239	131	688	566	288	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	9 858	9 256	8 358	9 244	9 346	7 714	9 096	8 797	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	636	681	702	694	815	616	703	698	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 212	1 198	1 213	1 344	1 109	1 425	p 1 374	p 1 244	p 1 102
* Getötete Personen	Anzahl	24	20	14	18	14	27	p 26	p 18	p 21
* Verletzte Personen	Anzahl	1 602	1 587	1 616	1 823	1 450	1 946	p 1 777	p 1 609	p 1 475

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1997	1998	1998			1999				
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
GELD UND KREDIT											
Insolvenzen											
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	91	75	67	114	101	84	73	118
*	Unternehmen	Anzahl	65	72	61	51	77	79	65	55	85
*	übrige Gemeinschuldner	Anzahl	15	19	14	16	37	22	19	18	33
*	Beantragte Konkurse	Anzahl	80	91	75	67	114	101	84	73	118
*	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	52	61	52	37	88	52	43	30	58
Kredite und Einlagen¹ 2											
			4-Monats-								
			durchschnitt⁴								
	Kredite ³ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	144 326	155 353	156 534	-	-	-	87 060	-	-
	darunter										
	Kredite ³ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	140 341	149 977	150 976	-	-	-	82 880	-	-
	kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 781	17 691	18 529	-	-	-	9 340	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 480	17 319	17 736	-	-	-	9 197	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	301	372	793	-	-	-	143	-	-
	mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 600	7 390	7 383	-	-	-	7 184	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 511	6 824	6 809	-	-	-	5 769	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 089	566	574	-	-	-	1 415	-	-
	langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	115 960	124 896	125 064	-	-	-	66 356	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	87 690	94 872	95 092	-	-	-	53 982	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	28 270	30 024	29 972	-	-	-	12 374	-	-
	Einlagen und aufgenommene Kredite ³ von Nichtbanken	Mill. DM	93 609	96 524	97 867	-	-	-	49 436	-	-
	Sichteinlagen und Termingelder										
	von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	61 877	64 336	66 254	-	-	-	34 254	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	55 902	58 698	60 573	-	-	-	31 532	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 975	5 638	5 681	-	-	-	2 722	-	-
	Spareinlagen	Mill. DM	30 238	30 898	30 588	-	-	-	16 274	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	29 780	30 418	30 082	-	-	-	15 987	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	458	480	506	-	-	-	287	-	-
STEUERN											
Steueraufkommen nach der Steuerart			Vierteljahres-		3. Vj. 98		3. Vj. 99				
			durchschnitt								
	Gemeinschaftsteuern ⁵	Mill. DM	4 011	4 249	4 409	-	-	-	4 491	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	1 934	2 015	2 009	-	-	-	2 022	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	194	189	200	-	-	-	330	-	-
	nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	93	108	175	-	-	-	108	-	-
	Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	47	48	36	-	-	-	31	-	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	291	328	313	-	-	-	271	-	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	1 373	1 467	1 572	-	-	-	1 648	-	-
	Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	79	94	104	-	-	-	82	-	-
	Landesteuern	Mill. DM	295	374	496	-	-	-	342	-	-
	Vermögensteuer	Mill. DM	20	11	4	-	-	-	12	-	-
	Grunderwerbsteuer	Mill. DM	90	111	125	-	-	-	113	-	-
	Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	140	125	-	-	-	122	-	-
	Gemeindesteuern	Mill. DM	498	516	547	-	-	-	530	-	-
	Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	9	-	-	-	8	-	-
	Grundsteuer B	Mill. DM	112	117	139	-	-	-	142	-	-
	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	358	373	381	-	-	-	354	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft											
	Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern ⁵	Mill. DM	1 830	1 947	2 028	-	-	-	2 082	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	822	857	854	-	-	-	859	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	82	80	85	-	-	-	140	-	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	145	164	157	-	-	-	136	-	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	693	750	805	-	-	-	861	-	-
	Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	19	22	24	-	-	-	19	-	-
	Solidaritätszuschlag	Mill. DM	190	147	142	-	-	-	147	-	-
	Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 020	2 094	2 170	-	-	-	2 229	-	-
	Steuereinnahmen des Landes ⁶	Mill. DM	2 481	2 610	2 896	-	-	-	2 777	-	-
	Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 101	2 155	2 185	-	-	-	2 262	-	-
	Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	913	991	949	-	-	-	924	-	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	78	40	64	-	-	-	128	-	-
	Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	145	162	113	-	-	-	126	-	-
	Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	823	817	898	-	-	-	950	-	-
	Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	60	73	80	-	-	-	63	-	-
	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (netto) ⁷	Mill. DM	885	829	916	-	-	-	935	-	-
	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁷	Mill. DM	806	276	275	-	-	-	271	-	-
	Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	361	410	335	-	-	-	370	-	-

¹ ab 1999 in Mill. EURO

² Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

³ einschließlich durchlaufender Kredite ⁴ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁵ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁶ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁷ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1997	1998	1998			1999			
	Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1995 = 100									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	103,3	104,3	104,4	104,2	...	105,3	105,1	105,0	...
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,0	103,0	102,1	101,6	...	100,7	100,2	99,9	...
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	102,7	104,7	105,6	105,6	...	105,5	105,5	107,4	...
Bekleidung und Schuhe	101,1	101,5	101,6	101,7	...	101,5	101,9	102,0	...
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	105,1	106,0	106,1	106,0	...	107,9	108,0	107,9	...
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. ä.	101,1	101,8	101,9	101,9	...	102,1	102,1	102,1	...
Gesundheitspflege	108,7	114,4	114,3	114,4	...	110,7	110,7	110,7	...
Verkehr	104,3	104,7	105,0	104,9	...	109,2	109,3	109,8	...
Nachrichtenübermittlung	97,9	97,3	97,1	96,4	...	87,5	87,5	87,4	...
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,5	103,1	103,7	102,6	...	104,8	103,5	102,0	...
Bildungswesen	107,8	112,9	113,3	113,5	...	117,3	117,8	117,8	...
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	102,1	103,6	104,0	103,9	...	107,7	105,2	105,1	...
Anderere Waren und Dienstleistungen	102,3	102,8	103,0	103,2	...	104,5	104,5	104,8	...
Einzelhandelspreise ¹	102,1	101,7	r 101,7	r 101,6	...	101,8	101,9	101,9	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	99,1	98,7	98,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²	99,9	99,5	99,4	98,9	...	98,8	98,9
Einfuhrpreise ²	104,0	100,7	99,0	98,0	...	100,7	101,7
Ausfuhrpreise ²	101,5	101,4	101,1	100,7	...	101,0	101,3
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²	92,5	87,1	85,8	83,3	...	84,0	p 84,1
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	107,5	103,6	101,0	100,4	...	103,7	103,4
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 024	1 033	.	1 036
darunter Facharbeiter	1 078	1 090	.	1 097
weibliche Arbeiter	746	760	.	762
darunter Hilfsarbeiter	708	721	.	721
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,84	27,35	.	27,34
darunter Facharbeiter	28,45	29,04	.	29,04
weibliche Arbeiter	19,99	20,38	.	20,41
darunter Hilfsarbeiter	18,84	19,17	.	19,11
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,0	37,7	.	37,9
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,3	37,3	.	37,3
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 567	6 688	.	6 719
weiblich	4 624	4 763	.	4 802
technische Angestellte									
männlich	6 579	6 724	.	6 759
weiblich	4 573	4 699	.	4 730
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 157	5 268	.	5 287
weiblich	3 774	3 857	.	3 872
technische Angestellte									
männlich	4 773	4 866	.	4 890
weiblich	3 240	3 226	.	3 245
Produzierendes Gewerbe⁴, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern; Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 514	5 634	.	5 657
weiblich	3 962	4 065	.	4 085
technische Angestellte									
männlich	6 240	6 411	.	6 433
weiblich	4 466	4 591	.	4 623

¹ Beim Index der Einzelhandelspreise wurden die Angaben von Januar 1998 bis Mai 1999 wegen fehlerhafter Einbeziehung der Zuzahlungen für Arzneimittel korrigiert.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.08.1999			Bevölkerungsveränderung im August 1999			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1999 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
		%							
FLENSBURG	84 435	- 0,1	- 0,8	- 11	- 55	- 66	32	-	42
KJEL	234 832	- 0,2	- 1,3	- 40	- 532	- 572	112	2	150
LÜBECK	213 805	+ 0,1	- 0,4	- 36	+ 167	+ 131	86	1	111
NEUMÜNSTER	80 529	- 0,1	- 0,5	- 4	- 61	- 65	34	-	37
Dithmarschen	136 880	+ 0,0	+ 0,5	+ 0	+ 44	+ 44	62	2	77
Herzogtum Lauenburg	176 553	+ 0,1	+ 0,8	- 25	+ 279	+ 254	78	1	101
Nordfriesland	163 966	+ 0,1	+ 0,6	+ 32	+ 54	+ 86	72	1	96
Ostholstein	201 089	+ 0,1	+ 0,4	- 43	+ 165	+ 122	64	2	91
Pinneberg	288 829	+ 0,1	+ 0,4	+ 18	+ 255	+ 273	125	2	161
Plön	131 570	+ 0,1	+ 0,8	- 2	+ 104	+ 102	45	2	67
Rendsburg-Eckernförde	266 984	+ 0,1	+ 0,8	+ 9	+ 151	+ 160	98	2	127
Schleswig-Flensburg	196 007	+ 0,1	+ 1,0	+ 28	+ 178	+ 206	70	2	107
Segeberg	246 675	+ 0,1	+ 1,3	+ 46	+ 240	+ 286	104	2	144
Steinburg	135 505	+ 0,1	+ 0,2	+ 15	+ 54	+ 69	45	-	61
Stormarn	215 139	+ 0,0	+ 0,6	+ 2	+ 103	+ 105	75	2	103
Schleswig-Holstein	2 772 798	+ 0,0	+ 0,3	- 11	+ 1 146	+ 1 135	1 102	21	1 475

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1999		
	Betriebe am 30.11.1999	Beschäftigte am 30.11.1999	Umsatz ⁴ im Nov. 1999 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	51	9 199	722	44 411	38 302	452
KIEL	103	14 782	396	119 123	101 718	432
LÜBECK	107	13 766	375	109 652	94 331	441
NEUMÜNSTER	63	6 468	172	47 868	40 352	501
Dithmarschen	65	6 677	464	92 851	72 728	532
Herzogtum Lauenburg	101	8 144	198	115 972	97 382	553
Nordfriesland	60	3 437	149	113 188	90 113	551
Ostholstein	86	5 540	151	128 948	107 147	535
Pinneberg	182	16 028	541	181 419	153 080	531
Plön	42	2 226	55	82 581	67 726	516
Rendsburg-Eckernförde	114	7 506	229	177 834	144 954	544
Schleswig-Flensburg	74	4 100	145	132 745	105 521	540
Segeberg	189	15 692	562	174 755	145 419	592
Steinburg	74	7 419	230	89 286	71 787	531
Stormarn	169	19 443	594	148 262	126 241	588
Schleswig-Holstein	1 480	140 427	4 981	1 758 895	1 456 801	526

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: Mai 1999

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.03.1999		Arbeitslose Ende November 1999			Kurzarbeiter Mitte November 1999	offene Stellen Ende November 1999	Be- schäftigte am 30.09.1999	Umsatz ³ im September 1999	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 428,0	+ 0,3	303,1	- 8,3	6,8	11,9	66,0	1 253	37 578	39
Bayern	12 092,8	+ 0,2	348,2	- 7,6	6,7	11,4	75,0	1 202	41 456	40
Berlin	3 394,1	- 0,7	261,9	+ 0,5	17,4	2,6	5,8	116	5 543	26
Brandenburg	2 590,7	+ 0,5	221,7	+ 16,2	18,4	3,2	5,9	92	2 584	14
Bremen	666,8	- 0,9	41,7	- 6,7	15,0	0,5	4,5	65	2 966	49
Hamburg	1 701,5	- 0,1	78,3	- 8,5	10,9	0,7	8,9	99	9 211	16
Hessen	6 035,6	+ 0,1	225,2	- 5,7	8,8	6,1	28,9	466	14 096	34
Mecklenburg-Vorpommern	1 796,5	- 0,5	156,7	+ 2,2	18,5	2,2	6,9	47	1 143	15
Niedersachsen	7 865,8	+ 0,3	356,2	- 5,2	10,9	6,3	37,5	561	20 893	38
Nordrhein-Westfalen	17 971,1	+ 0,0	794,3	- 3,3	10,7	24,3	94,0	1 501	50 254	33
Rheinland-Pfalz	4 024,4	+ 0,2	142,9	- 3,4	8,7	3,4	21,8	309	10 233	40
Saarland	1 072,8	- 0,5	48,8	- 2,0	11,5	1,4	4,9	106	3 218	42
Sachsen	4 481,0	- 0,7	363,5	+ 7,2	17,7	6,2	17,5	216	5 146	23
Sachsen-Anhalt	2 668,6	- 1,0	259,3	+ 8,1	20,7	2,7	10,6	104	2 907	13
Schleswig-Holstein	2 766,4	+ 0,3	116,3	- 7,1	10,0	2,6	11,2	141	4 776	30
Thüringen	2 458,4	- 0,6	182,7	+ 10,5	15,9	4,3	12,3	127	3 091	18
Bundesrepublik Deutschland	82 014,6	- 0,0	3 900,7	- 1,1	11,1	89,7	411,7	6 406	215 095	35
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 747,3	+ 0,1	2 603,7	- 5,1	9,3	70,3	356,3	5 802	199 603	36
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 267,2	- 0,5	1 297,1	+ 8,0	18,3	19,4	55,4	604	15 492	19

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im August 1999			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im September 1999			
	Beschäftigte am 31.07.1999	Baugewerblicher Umsatz ³ im Juli 1999		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1999	Ankünfte	Übernachtungen		Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM			Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl
	%			%							
Baden-Württemberg	117	2 145	+ 1,7	5 060	1 255 783	4 197 642	+ 2,4	4 000	+ 10,0	5 295	132
Bayern	183	3 404	+ 5,6	7 475	2 201 311	8 753 965	+ 1,4	5 975	+ 7,6	8 199	137
Berlin	36	714	- 13,8	1 039	353 013	862 963	+ 13,8	1 855	+ 30,4	2 217	120
Brandenburg	60	849	- 15,9	2 084	283 576	965 745	+ 5,2	1 433	+ 7,0	1 856	130
Bremen	7	147	+ 21,2	106	55 486	107 694	+ 12,2	279	- 5,4	333	119
Hamburg	16	405	+ 12,2	477	234 443	437 453	+ 5,1	926	+ 14,2	1 180	127
Hessen	62	1 177	+ 2,4	1 958	802 554	2 375 421	+ 5,2	2 800	+ 15,5	3 813	136
Mecklenburg-Vorpommern	37	533	- 7,8	743	556 810	3 007 604	+ 13,7	1 016	+ 8,2	1 378	136
Niedersachsen	101	1 809	- 1,1	4 123	906 103	4 142 226	- 4,6	3 999	+ 13,7	5 342	134
Nordrhein-Westfalen	174	2 972	- 2,4	8 185	1 251 495	3 339 442	+ 1,2	7 226	+ 3,3	9 118	126
Rheinland-Pfalz	48	761	- 2,4	2 431	682 799	2 031 603	+ 0,7	1 852	+ 8,9	2 511	136
Saarland	12	204	+ 3,2	314	60 264	196 208	- 1,8	521	+ 12,5	719	138
Sachsen	100	1 526	- 3,4	2 285	396 034	1 335 070	+ 3,8	2 067	+ 13,7	2 659	129
Sachsen-Anhalt	65	932	- 9,7	1 416	193 839	564 924	+ 7,5	1 285	+ 9,0	1 597	124
Schleswig-Holstein	36	572	- 4,3	1 967	528 131	3 461 569	- 6,0	1 374	+ 13,3	1 803	131
Thüringen	52	775	- 5,9	1 005	265 623	926 487	+ 8,8	1 131	+ 5,0	1 486	131
Bundesrepublik Deutschland	1 105	18 926	- 1,8	40 668	10 027 264	36 706 016	+ 1,9	38 821	+ 12,9	51 145	132
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	777	14 025	+ 0,4	32 790	8 209 386	29 626 245	+ 0,2	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	328	4 901	- 7,4	7 878	1 817 878	7 079 771	+ 9,6	-	-	-	-

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht

